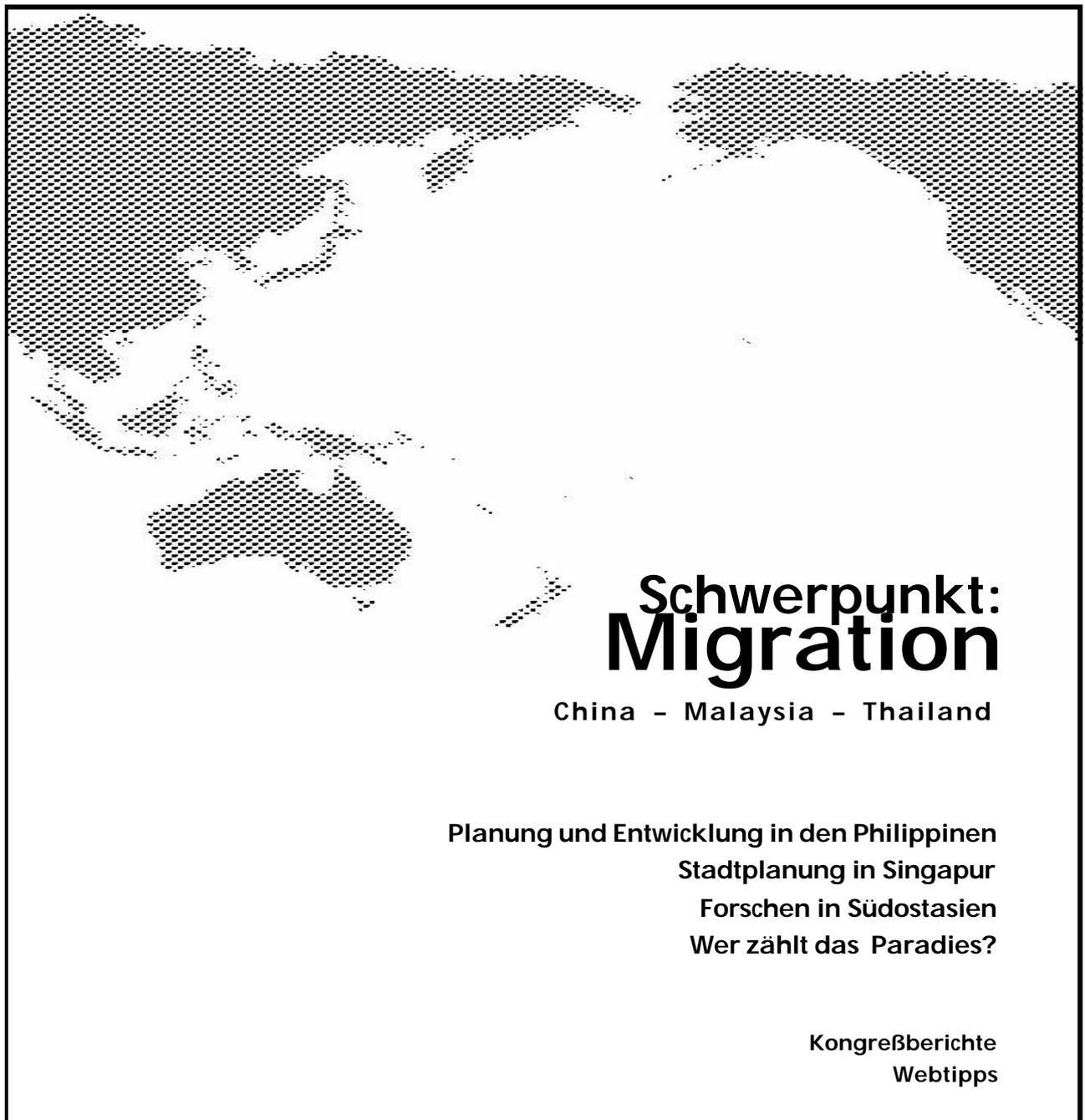
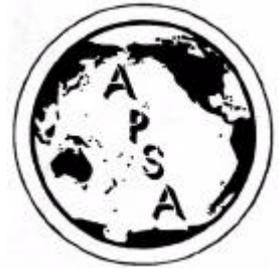


Pacific News

Nachrichten - Mitteilungen - Hintergründe
aus dem Pazifischen Raum

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.



Schwerpunkt: Migration

China - Malaysia - Thailand

Planung und Entwicklung in den Philippinen

Stadtplanung in Singapur

Forschen in Südostasien

Wer zählt das Paradies?

Kongreßberichte

Webtipps

Die **Pacific News (PN)**, ISSN 1435-8360, ist das periodisch erscheinende Informationsmedium der **Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA)**. Durch die interdisziplinäre Vielfalt der Artikel möchte die Pacific News ihren Lesern die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im pazifischen Raum erleichtern; ferner ist es ein Bestreben der APSA, engagierten Nachwuchswissenschaftlern eine seriöse Publikationsplattform anzubieten.

Die Pacific News erscheint derzeit halbjährlich in Göttingen.

Interessierte Autoren können die Redaktion unter den angegebenen Adressen kontaktieren.

Inhaltsverzeichnis

- Struktureller Wandel und Migrationsprozesse in der VR China *Claudia Wüllner* 4
- Malaysia: Migration nach der Krise *Rolf Jordan* 7
- Industrialisierung und Binnenmigration in Thailand *Christiane Potzner* 9
- Regionale Entwicklungsprobleme in den Philippinen *Wilfried Gebhardt* 12
- Dezentrale Landnutzungsplanung in den Philippinen *Olaf Haub* 14
- Urban Planning in Singapor - An Interview with Mr. Lui *Christina Delius* 19
- Forschen in Südostasien - Ein Erfahrungsbericht *Harald Leisch* 22
- Die Südsee - Wer zählt das Paradies? *Tobias Reeh* 24
- Tagungsbericht: Globalisierung - Regionalisierung - Fragmentierung *Anja Osiander* 26
- Kongreßbericht: 23. Jahrestagung der Gesellschaft für die Neuen Englischen Sprachen In Aachen/ Lüttich *Peter Marsden* 28

Impressum

Herausgeber der Pacific News:

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.
(APSA)

c/o Geographisches Institut

Goldschmidtstr. 5

D-37077 Göttingen

Tel: +49-551-39.80.22

Fax: +49-551-39.80.06

Email: apsa@mail.uni-geog.gwdg.de

(Email an alle APSA-Mitglieder)

Vorstand:

Prof. Dr. W. Kreisel

Dr. C. Fensterseifer

M. Waibel

Redaktion:

R. Jordan (V.i.S.d.P.)

M. Waibel

Webtipps

H.O. Franken

Layout Printversion:

R. Jordan

M. Waibel

Layout Webversion:

M. Waibel

Photonachweis:

R. Jordan

C. Potzner

Postproduktion:

T. Lange & N. Sachau

Die einzelnen Beiträge spiegeln nicht immer die Meinung der APSA wieder.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe:

30.10.2000

Senden Sie Kommentare und kritische Stellungnahmen sowie Artikel an:

Rolf Jordan (rjordan@hrz.uni-kassel.de)

oder:

Michael Waibel (mwaibel@gwdg.de)

Editorial

Auf 10 bis 15 Millionen schätzt die Internationale Gewerkschaftsorganisation ILO die Zahl der Arbeitsmigranten im gesamten asiatisch-pazifischen Raum. Damit ist Arbeitsmigration eines der zentralen Merkmale nahezu aller Länder Ost- und Südasiens. Migration ist daher ein Schwerpunktthema dieser Ausgabe der **PACIFIC NEWS**.

Claudia Willners Beitrag beschäftigt sich mit dem Phänomen der Binnenmigration im bevölkerungsreichsten Land der Region, der Volksrepublik China, besonders unter dem Aspekt der Land-Stadt-Migration. In die gleiche Richtung zielt auch der Beitrag von *Christiane Potzner*, die vor dem Hintergrund der rapiden Industrialisierung Thailands die Folgen der Land-Stadt-Migration für die Entwicklung der Metropole Bangkok untersucht. In der Region gehört Malaysia zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an Arbeitsmigranten. Die Veränderungen bzw. die Persistenz der Migrationsstrukturen nach Ausbruch der Asienkrise 1997 sind Thema des Beitrags von *Rolf Jordan*.

Der geographische Fokus der Beiträge von Wilfried Gebhard und Olaf Haub liegt auf den Philippinen. Während ersterer sich mit den aktuellen Entwicklungsproblemen des Inselstaates auseinandersetzt, berichtet Olaf Haub von einem Projekt zur dezentralen Planung und Partizipation in der Quezon Provinz, an dem auch die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) beteiligt ist. Im Anschluss an den Beitrag von *Will Hammelrath* zum Öffentlichen Wohnungsbau in Singapur in der letzten **PACIFIC NEWS** (Nr. 13) drucken wir in dieser Ausgabe ein Interview mit einem der Chefplaner des öffentlichen Wohnungsbaus in Singapur, *Liu Thai Ker*, ab, das die Hamburger Stadtplanerin *Christina Delius* im letzten Jahr mit Herrn *Lui* geführt hat.

Zwei Beiträge der vorliegenden Ausgabe der **PACIFIC NEWS** beschäftigen sich - auf sehr unterschiedliche Art und Weise - mit der Frage nach den Forschungsbedingungen in der Region. *Harald Leisch* berichtet von seinen Projekterfahrungen in Indonesien, während *Tobias Reeh* in seiner Glosse von den alltäglichen Schwierigkeiten im Umgang mit statischen Datenmaterial zu einer so vielschichtigen Region wie den pazifischen Inselstaaten zu berichtet. Zwei Tagungsberichte runden das Bild der vorliegenden *Pacific News* ab: *Anja Osiander* berichtet von der zweiten Nachwuchswissenschaftlertagung des Ost-West-Kolleg in Brühl, die dieses Mal unter dem Motto „Globalisierung - Regionalisierung - Fragmentierung: Neue Kontexte für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ost- und Südostasien“ stand. *Peter Marsden* berichtet von der „23. Jahrestagung der Gesellschaft für die Neuen Englischsprachigen Literaturen (GNEL)“ in Aachen und Lüttich. Und natürlich fehlen auch in dieser Ausgabe nicht die WWW-Tipps, die unser Mitarbeiter *Olaf Franken* zusammengetragen hat.

Struktureller Wandel und Migrationsprozesse in der VR China Eine Betrachtung der Arbeitsmigration

Claudia Wüllner

Mit Beginn der Wirtschaftsreformen in der VR China Anfang der 1980er Jahre hat ein Strukturwandel eingesetzt, der zu entscheidenden Veränderungen und Anpassungsprozessen der sozio-ökonomischen Strukturen geführt hat. Die Modernisierung hat zwei wesentliche Wandlungsprozesse ausgelöst: (1) von der stark agrarischen zu einer Dienstleistungsgesellschaft; (2) der Übergang des staatlichen Eigentumssystems und der Planwirtschaft zu Privateigentum und Marktwirtschaft.

Dieser Transformationsprozeß muß als Initialzündung für die Binnenmigration gesehen werden, die mit dem Bruch der alten Strukturen einsetzte und bis heute eine enorme Dimension angenommen hat. Man spricht in der Regel von der "magischen" Zahl von 100 Millionen Menschen, die in China in Wanderungsbewegung sein sollen. Durchschnittlich 75% davon sind ökonomisch motiviert, d.h. Arbeitsmigranten.

Im folgenden soll schwerpunktmäßig die Arbeitsmigration vom Land in die Städte in der VR China betrachtet werden. Nach einem kurzen Überblick über das Meldesystem, das für eine Untersuchung der Migrationsbewegungen wesentlich ist, werden die Migrationsursachen gemäß dem klassischen push- und pull-Ansatz aufgezeigt. Anschließend folgt eine Darstellung der Hauptkennzeichen der Migration. Als Abschluß werden die Entwicklungen des städtischen Arbeitsmarktes und die Bedeutung der Migranten für diese Tendenzen skizziert. Zur begrifflichen Bestimmung sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Migranten hier als Personen verstanden werden, die ihren Heimatort verlassen haben, dabei aber nicht ihren offiziellen Wohnsitz wechseln, da sie in den meisten Fällen nach einer gewissen Zeit zu-

rückkehren. Diese sind die Personen, die im Chinesischen mit dem Begriff „Wanderbevölkerung“ (liudong renkou) umschrieben werden.

Meldesystem

Die Modernisierung hat die bis zu Beginn der 1980er Jahre bestehende strikte Trennung zwischen Stadt und Land aufgebrochen. Eine Mobilität der Bevölkerung war vor dem Reformprozeß grundsätzlich nicht gegeben. Die Bevölkerung wurde je nach Geburtsort in städtische und ländliche Haushalte eingeteilt sowie nach ihrer Tätigkeit in landwirtschaftliche und nicht-landwirtschaftliche Bereiche. Jeder bekam und bekommt auch heute noch einen entsprechenden *hukou* (Haushaltsregistrierung = Wohnsitz) zugewiesen.

Ergebnis dieser rigorosen Kontrolle war der Aufbau von zwei relativ unabhängigen Systemen für Einkommensverteilung, Wohnraum, Bildung, medizinische Versorgung, Beschäftigung und Altersvorsorge. Die städtische Bevölkerung wurde und wird in allen Belangen gegenüber der ländlichen bevorzugt (vgl. CHAN 1996:135-136).

Zugangsbarrieren der Landbevölkerung zu den Städten sind heute kaum mehr gegeben, die Bauern können sich frei bewegen. Jedoch ist ein offizieller Wechsel des Wohnsitzes vom Land in die Stadt nur in Ausnahmefällen möglich. Grundsätzlich muß jeder Bürger, der sich länger als drei Tage in der Stadt aufhält, dort aber nicht seinen *hukou* hat, sich beim Amt für öffentliche Sicherheit anmelden und registrieren lassen. Man bekommt dann einen "vorübergehenden Wohnsitz" (*zanzhu hukou*), der in regelmäßigen Abständen verlängert werden muß. Es existieren unterschiedliche Regelungen der Städte, die die Aufenthalts-

bedingungen festlegen. I.d.R. sind diverse Ausweise und Zertifikate - z.B. eine Bescheinigung vom Heimatort, einen Geburtenplanausweis, eine Arbeitserlaubnis u.a. - für eine offizielle Registrierung notwendig. Für jedes dieser Papiere müssen Gebühren entrichtet werden. Aufgrund der Komplexität dieses Meldesystems und der anfallenden Kosten hält sich die Mehrheit der Arbeitsmigranten illegal in den Städten auf.

Migrationsursachen

Neben verschiedenen Einflußfaktoren auf sozialer, physikalisch-geographischer, demographischer, ökologischer, kultureller und kommunikativer Ebene müssen ökonomische Gründe als Hauptfaktoren für die Land-Stadt-Migration in der VR China gesehen werden (vgl. SCHARPING 1997:13-21).

Die Migrationsursachen lassen sich in Push- und Pullfaktoren einteilen: Faktoren, die eine Abwanderung der ländlichen Bevölkerung auslösen (push) und Faktoren, die durch Anreize aus der Stadt die Migranten anziehen (pull). Insbesondere die Gründe für die überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Land, die auf 160 Millionen - das sind 1/3 aller ländlichen Arbeitskräfte - geschätzt werden, zählen zu den Pushfaktoren. Zu nennen sind der Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, bedingt u.a. durch Verstepung und die verstärkte industrielle Nutzung des Ackerbodens. Außerdem die durch Modernisierung und Aufhebung des Volkskommunekonzepts erhöhte Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion, die eine starke Reduzierung von Arbeitskräften ermöglicht (vgl. BAKKEN 1998:22-31).

Die Pullfaktoren sind bestimmt durch die regionale und sektorale Dimension des Strukturwandels, d.h. die Einkommens-

disparitäten zwischen Stadt und Land und den Regionen sowie der Segmentierung des städtischen Arbeitsmarktes, der insbesondere in der Baubranche und im tertiären Sektor Arbeitsplätze für Migranten bereithält.

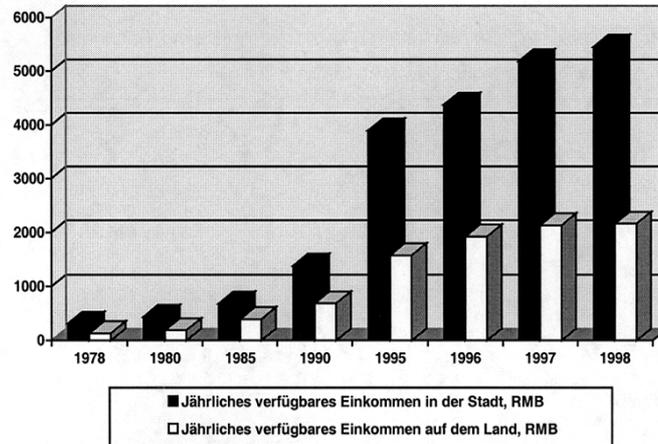
Wesentlicher Pullfaktor für die Arbeitsmigranten sind die höheren Einkommenserwartungen am Zielort. Die folgende Abbildung verdeutlicht, daß das verfügbare Einkommen in der Stadt mehr als doppelt so hoch ist als auf dem Land. Im Zeitablauf hat sich der Abstand immer weiter vergrößert. Während die Einkommen auf dem Land in den letzten Jahren nahezu stagnieren, steigen sie in den Städten kontinuierlich an. Regional sind ebenfalls große Unterschiede zu beobachten. Die Küstenregionen weisen aufgrund ihres stärkeren Wirtschaftsaufschwungs deutlich höhere Einkommen auf als die Binnenprovinzen. Wenn auch die Löhne der Migranten in den Städten unter denen der städtischen Arbeitskräfte liegen, so sind sie doch bei weitem höher als die Einkünfte auf dem Land.

Hauptkennzeichen der Migration

Der Strom der Migranten in der VR China fließt vornehmlich vom Land in die Stadt sowie von Norden und Westen nach Süden und an die Küste, wobei dies sowohl eine intraprovinzielle als auch eine interprovinzielle Migration sein kann (vgl. WANG JIANMIN/HU QI:70-79).

Soziale Netzwerke spielen eine bedeutende Rolle. Personen aus demselben Heimatdorf kommen in denselben Vierteln der Großstädte zusammen; Vermittler zwischen Dorf und Stadt sorgen für die erste Unterkunft und nicht selten auch für die erste Beschäftigung. Man spricht daher von einer Kettenmigration. In erster Linie handelt es sich um eine temporäre Arbeitsmigration von meist männlichen Bauern, die ihre Familien zurücklassen und diese aus der Stadt finanziell unterstützen. Zumeist sind es junge Menschen mit niedriger bis mitt-

Abbildung: Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land in der VR China 1978-1998, ausgewählte Jahre (Angaben in RMB)



Quelle: China Statistical Yearbook 1997:293; A Statistical Survey of China 1999:79, 83.

lerer Schulbildung. Vermehrt ist heute zu beobachten, daß junge Frauen in die Städte migrieren. Insbesondere in der südchinesischen Provinz Guangdong, ist der Anteil von weiblichen Arbeitsmigranten, die dort vornehmlich in der Textil- und Elektrobranche beschäftigt sind, stark angestiegen. Mehr als die Hälfte der Migranten ist unverheiratet. Jedoch ist in den letzten zwei Jahren der Trend zu erkennen, daß immer mehr Familien bzw. Ehepaare zusammen den Heimatort verlassen.

Die Aufenthaltsdauer der Arbeitsmigranten in den Städten ist sehr unterschiedlich, wobei man allgemein konstatieren kann, daß sich die Mehrheit zwischen ein und fünf Jahren dort aufhält. Die Stadtgebiete von Beijing, Shanghai und Guangzhou haben die höchsten Zuwanderungsraten zu verzeichnen.

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in China hat sich im Zuge der Reformen großen Veränderungen unterzogen. Vor den Reformen hatte das staatliche System der Arbeitskräfte lenkung Bestand, das Auswahl und Zuweisung des Personals durch die Arbeitsverwaltung vorsah. Einen Arbeitsmarkt im eigentlichen Sinne gab es nicht. Es existierte ein vertragloses Dauerarbeitsverhältnis mit den

vom Betrieb gestellten Sozialleistungen, der sogenannte "eiserne Reistopf" (vom Staat garantiertes Arbeiten, Wohnen, Einkommen sowie Alters- und Krankenschutz).

Dieses System findet sich heute kaum noch, vermehrt sind marktwirtschaftliche Elemente eingeführt worden: die Unternehmen können autonom Arbeitskräfte einstellen und gegebenenfalls entlassen, Arbeitnehmer können sich selbst Jobs suchen, i.d.R. werden Arbeitsverträge abgeschlossen.

Der rasche Strukturwandel in China ist nur möglich durch massive Veränderungen in den Beschäftigungsstrukturen (vgl. HEBEL/SCHUCHER 1999:24):

- Der Anteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ist erheblich gesunken, gleichzeitig nimmt die Arbeitskräftenachfrage in Industrie und Dienstleistungen kontinuierlich zu.
- Der Hauptbeschäftigter ist nicht mehr die staatliche Wirtschaft, sondern vermehrt die Privatwirtschaft.
- Überschüssige ländliche Arbeitskräfte weisen eine hohe Mobilität aus, die Grenze zwischen Land und Stadt wurde überschritten.
- Die Arbeitslosigkeit ist zu einem offenen Problem geworden.

Der Arbeitsmarkt zeigt eine deutliche Segmentierung, die vor allem durch die Trennung von Stadt und Land bedingt ist. In ihrer Struktur und teilweise auch in ihren institutionellen Rahmen unter-

schiedliche Arbeitsmarktsegmente stehen sich gegenüber, die sich wiederum in verschiedene Teilarbeitsmärkte splitten. Den einheitlichen chinesischen Arbeitsmarkt gibt es nicht, regional und sektoral bestehen große Unterschiede. Auf diesem stark segmentierten Arbeitsmarkt sind die Migranten in den Städten in freie Nischen gestoßen, sie schließen die Lücken, die im unteren Lohnsegment des Arbeitsmarktes entstanden sind. Arbeit finden die meisten in der Bau- und der Textilbranche sowie im Dienstleistungssektor, ein großer Teil ist zudem im Privatsektor als selbständige Kleingewerbler tätig. Oft läßt sich zwischen Herkunft und Beschäftigung ein Zusammenhang konstatieren. So kommen z.B. in Beijing und Shanghai die Mehrheit der Hausmädchen aus der Provinz Anhui; der Großteil der Müllsammler kommt aus der Provinz Henan (vgl. SOLINGER 1999:194-240).

In den letzten Jahren ist eine stärkere Konkurrenzsituation zwischen Arbeitsmigranten und städtischen Arbeitskräften zu erkennen. Das Arbeitskräftepotential, das vom Land auf den städtischen Arbeitsmarkt drängt, wird bedingt durch die steigende Arbeitslosigkeit als Bedrohung für die städtischen Arbeitskräfte gesehen. Die städtische Arbeitslosenquote, die laut offiziellen Angaben bei durchschnittlich 3% liegt, muß real bei 10%-15% angesiedelt werden. Noch bis Mitte der 1990er Jahre konnten die ländlichen Arbeitskräfte problemlos absorbiert werden. Heute sind die Arbeitskräfte vom Land und die in der Stadt nicht mehr grundsätzlich komplementär zueinander. Die aus den Staatsunternehmen freigesetzten Arbeitskräfte (*xiagang*) sind gezwungen, Jobs anzunehmen, die noch vor wenigen Jahren als "dreckig" bezeichnet wurden und ausschließlich von Bauern verrichtet wurden (z.B. verschiedene Reinigungs-

dienste).

Als Reaktion auf diese neue Situation haben die städtischen Verwaltungen dirigistische Maßnahmen ergriffen, die den Bauern die Beschäftigungsmöglichkeiten in bestimmten Branchen verwehren sollen. Arbeitslose städtische Arbeitskräfte sollen bevorzugt eingestellt werden. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie z.B. Qualifizierungsmaßnahmen oder Wiederbeschäftigungsprojekte, stehen meist nur den Städtern zur Verfügung.

Fazit

Unterschiedliche Szenarien zur Migrationsproblematik in der VR China sind publiziert worden. Sie reichen von negativen Bildern, die die chinesischen Großstädte in sozialem Elend und Kriminalität versinken sehen, bis zu dem positiven Bild steigender wirtschaftlicher Wachstumsraten, basierend u.a. auf den von den Migranten ausgelösten Impulsen. Eine rein ökonomische Betrachtung legt den Schluß nahe, daß die positiven Effekte dominieren. Jedoch bleibt die künftige Entwicklung insbesondere des städtischen Arbeitsmarktes abzuwarten.

Arbeitskräftemobilität ist für die strukturellen Anpassungsprozesse innerhalb des ökonomischen Transformationsprozesses unerlässlich, kann jedoch nicht hinreichend funktionieren, solange administrative Beschränkungen und Diskriminierungen bestehen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der VR China zeigt, daß ein enormer Wandel stattgefunden hat, aber alte planwirtschaftliche Strukturen noch neben neuen marktwirtschaftlichen existieren. Die propagierte Einführung eines marktwirtschaftlichen Arbeitssystems ist bisher aufgrund der protektionistischen Eingriffe des Staates gescheitert. Die Gefahr sozialer Instabilitäten durch stark anstei-

gende Arbeitslosigkeit und den Zustrom ländlicher Arbeitskräfte in den Städten steht einem freien Arbeitsmarkt entgegen. Es zeigt sich, daß die Restrukturierung der Beschäftigung eine der problematischsten Aufgaben im Rahmen des Transformationsprozesses darstellt.

Der soziale Wandel, der mit den aufgrund von Ab- und Zuwanderung neu entstandenen Strukturen in den Städten und auf dem Land eingesetzt hat, kann erst in langfristigen Betrachtungen bewertet werden. Festzuhalten bleibt, daß die Land-Stadt Migration ein Prozeß ist, der aus der Modernisierung heraus entsteht und gleichzeitig auch zur weiteren Entwicklung beiträgt - im positiven wie im negativen Sinne.

Literatur:

- BAKKEN, BORGE (ed.) 1998:** *Migration in China, Kopenhagen.*
- CHAN, KAM WING 1996:** *Post-Mao China: A Two-Class Urban Society in the Making. In: International Journal of Urban and Regional Research Vol.20, No. 1 (March) S. 134-150.*
- HEBEL, JUTTA / GÜNTER SCHUCHER (Hg.) 1999:** *Der chinesische Arbeitsmarkt. Strukturen, Probleme, Perspektiven. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr.306, Hamburg.*
- SCHARPING, THOMAS (Hg.) 1997:** *Floating Population in China. The Impact of Economic Reforms. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr.284, Hamburg.*
- SOLINGER, J. DOROTHY 1999:** *Contesting Citizenship in Urban China. Peasant Migrants, the State, and the Logic of the Market. Berkeley, Los Angeles, London.*
- WANG JIANMIN / HU QI 1996:** *Zhongguo liudong renkou (Die Wanderbevölkerung Chinas), Shanghai.*

Malaysia: Migration nach der Krise

Rolf Jordan

Arbeitsmigration war und ist ein wesentliches Element jener wirtschaftlichen Entwicklung, die noch vor kurzem von der Weltbank als 'Asian Miracle' bezeichnet wurde. Auf 10 bis 15 Millionen schätzt die Internationale Gewerkschaftsorganisation ILO die Zahl der Arbeitsmigranten im asiatisch-pazifischen Raum. Als jedoch mit dem Beginn der 'Asienkrise' Ende 1997 viele tausend Arbeitsplätze in der Region verloren gingen, suchten viele Regierungen in den betroffenen Ländern ihr Heil in protektionistischen Massnahmen und begannen, vor allem illegale Arbeitsmigranten auszuweisen. Gleichzeitig erzeugt die Krise in den besonders betroffenen Ländern wie Indonesien neuen Migrationsdruck; Hunderttausende suchen nun ausserhalb ihrer Heimat nach Arbeit.

Die Ausweisung einer großen Zahl zu meist illegaler Arbeitsmigranten hat aber in einigen der Länder einmal mehr auch deutliche Arbeitsmarktengpässe sichtbar werden lassen. Ein Beispiel für die strukturelle Abhängigkeit der ökonomischen Entwicklung von Arbeitsmigration stellt Malaysia dar. Trotz krisenbedingter Arbeitsplatzverluste hat die Regierung auch in den letzten Jahren, zumeist auf Druck der lokalen Unternehmer, eine große Zahl von Arbeitsmigranten ins Land geholt, um die anhaltende Nachfrage in einigen Sektoren, vor allem in den Plantagenwirtschaft, in der Bauindustrie und in Teilen des Dienstleistungssektors, zu decken. Die Mehrheit der Arbeitsmigranten stammt dabei aus Indonesien. Die strukturellen Bedingungen haben dazu beigetragen, dass sowohl in Malaysia als auch in den Herkunftsländern eine 'Migrations-Industrie' entstanden ist und sich Migration zu einem über

wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt hat.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre verzeichnete Malaysias Wirtschaft hohe Wachstumsraten, der jährliche Anstieg des Bruttoinlandsprodukts lag in dieser Phase zwischen 8% und 10%. Das stärkste Wachstum verzeichnete das verarbeitende Gewerbe. Parallel zu diesem wirtschaftlichen Boom stieg auch die Zahl ausländischer Arbeitskräfte kontinuierlich an. Offizielle Zählungen geben die Zahl der registrierten Arbeitsmigranten für 1992 mit etwa 425.000 an, zwei Jahre später sind es bereits mehr als 560.000. Bis zum Frühjahr 1998 erhöht sich die Zahl der offiziell erfassten ausländischen Arbeitskräfte auf mehr als eine Million. Sie alle finden vor allem in Malaysias Plantagenwirtschaft Beschäftigung, aber auch im Bausektor, im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, wo die unteren Einkommensbereiche zunehmend mit Arbeitsmigranten aus der Region besetzt werden. Der weitaus größte Teil der Arbeitsmigranten stammt aus dem Nachbarland Indonesien; sie machen etwa zwei Drittel der ausländischen Beschäftigten in Malaysia aus. Weitere Herkunftsländer sind Bangladesh, Myanmar und die Philippinen.

Hinzu kommt eine große Zahl von sogenannten 'illegalen' Arbeitsmigranten; Schätzungen gehen hier von 200.000 bis 500.000 Migranten ohne Arbeiterlaubnis allein für den Beginn der neunziger Jahre aus. Tatsächlich dürfte die Zahl aber noch um einiges höher liegen. Dass ihre Anwesenheit von den Behörden lange Zeit zumeist stillschweigend geduldet wurde, lag unter anderem daran, dass der tatsächliche Bedarf an 'billigen' Arbeitskräften in den genannten Sektoren

der Zahl der offiziell zugelassenen Arbeitsmigranten lag. Kritik kam lange Zeit allenfalls von den Gewerkschaften, die die hohe Zahl vor allem 'illegaler' Arbeitsmigranten für das niedrige Lohnniveau in einigen Sektoren verantwortlich machten. Neben der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen forderten sie auch eine hohe Besteuerung für den Einsatz von Arbeitsmigranten.

Der politische Umgang mit dem Problem illegaler Arbeitsmigration ist in Malaysia einmal geprägt durch vielfältige Versuche der Regulierung und Legalisierung des Zustroms von ausländischen Arbeitskräften. Hierzu zählen bilaterale Vereinbarungen wie das 1984 verabschiedete Medan-Abkommen mit Indonesien ebenso wie Amnestiephasen, in denen illegalen Migranten die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihren Aufenthaltsstatus nachträglich zu legalisieren. Die Legalisierungsbemühungen der Regierung wurden jedoch zumeist dadurch erschwert, dass die Verfahren relativ zeitaufwendig und für die Arbeitsmigranten ebenso wie für die Arbeitgeber sehr kostenintensiv sind. So ist es in der Vergangenheit immer wieder zu großangelegten Verhaftungswellen und der Abschiebung der 'illegalen' Migranten in ihre Heimatländer als letzter Maßnahme gekommen. Allein 1995 wurden etwa 15.000 ausländische Arbeitskräfte, davon 11.000 Indonesier, wegen fehlender Papiere bei Razzien aufgegriffen und abgeschoben.

Als auf dem Höhepunkt der 'Asienkrise' auch in Malaysia zehntausende von Arbeitsplätzen verloren gingen und die Wachstumseuphorie des vorangegangenen Jahrzehnts einen Dämpfer erhalten hatte, verschärfte sich das innenpolitische Klima gegenüber der großen Zahl

von Arbeitsmigranten im Land deutlich. Die Zahl der Verhaftungen und Abschiebungen stieg ab Anfang 1998 sprunghaft an; Berichte über Razzien der eigens hierfür gegründeten Polizeitruppen füllten die vorderen Seiten der großen Tageszeitungen. Trotz des großen Medieninteresses liegen jedoch kaum verlässliche Angaben über das quantitative Ausmaß der Repatriierungen vor. Unterschiedliche Quellen sprechen von etwa 80.000 'illegalen' Migranten, die allein 1998 verhaftet und in ihre Heimatländer abgeschoben worden waren. Im Frühjahr 1999 wurden weitere 68.000 Abschiebungen verzeichnet, davon allein 61.000 Indonesier. Ein Großteil der verhafteten Migranten wurde vor ihrer Abschiebung in sogenannten 'Detention Camps' untergebracht, von denen es in Malaysia nach offiziellen Angaben 10 Lager für jeweils bis zu 2.000 Migranten gibt. 1997 wurden ca. 30.000 illegale Migranten über diese Camps abgeschoben, 1998 betrug ihre Zahl etwa 51.000. Die Lebensbedingungen in den Lagern, in denen die Migranten bis zu drei Monate auf ihre Abschiebung warten mussten, sind zumeist katastrophal - schlechte sanitäre Verhältnisse und unzureichende Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln kennzeichnen den Alltag, vereinzelt finden sich Berichte über Todesfälle aufgrund der schlechten Versorgungssituation. Im Frühjahr 1998 kam es wegen dieser Missstände in einigen Camps zu Protesten und Aufständen der internierten Migranten, die auch in der internationalen Presse Beachtung fanden und - zumindest für einen kurzen Augenblick - das Interesse der Weltöffentlichkeit auf eine bis dahin eher ignorierte Gruppe von 'Verlierern' der Asienkrise lenkte. In einem Lager, dem

Semenyia Detention Camp kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Verlauf neun Menschen starben, ein malaysischer Polizist und acht indonesische Migranten. Etwa 200 Menschen konnten aus dem Lager fliehen.

Doch nicht nur Abschiebungen illegaler Migranten prägten das Migrationsgeschehen der Krisenjahre 1997 bis 1999, sondern gleichzeitig auch die weitere reguläre Zuwanderung von Arbeitsmigranten. Allein 1998 wurden ca. 220.000 ausländische *Arbeitskräfte* zusätzlich ins Land geholt, um die Arbeitskräftenachfrage in einigen Wirtschaftssektoren zu befriedigen. Weitere 111.000 *Indonesier* und *Thailänder* wurden Anfang 1999 angeworben und im Frühjahr dieses Jahres forderten lokale Unternehmen erneut die Zulassung von 20.000 Arbeitskräfte aus dem Ausland. Daran werden einmal die strukturellen Bedingungen sichtbar, die Arbeitsmigration zu einem zentralen Element der wirtschaftlichen Entwicklung Malaysias machen. Die Regierungallianz der UMNO von Ministerpräsident Mahatir mag parteipolitisch einigen Nutzen aus dem medienwirksam inszenierten Verhaftungen und Abschiebungen illegaler Migranten gezogen haben, arbeitsmarktpolitisch haben diese Aktionen aber die bestehenden Probleme - hohe Arbeitslosigkeit aufgrund der Asienkrise, strukturelle Abhängigkeit einiger Sektoren von Arbeitsmigranten - nicht oder kaum lösen können.

Vor allem gingen diese Maßnahmen aber nahezu vollständig an der strukturellen Besonderheit der Arbeitsmigration in der Region vorbei. Längst hat sich auch zwischen Malaysia und den meisten der Herkunftsländern der Migranten eine

eigenständige 'Migrations-Industrie' herausgebildet, wie etwa die Washington Post hinsichtlich der Beziehung zwischen Malaysia und Indonesien feststellt: „Migration from Indonesia to Malaysia is less a trend than an industry, creating an entrenched substructure of migrants, labor brokers, prostitutes and corrupt immigration authorities who have created a massive cross-border network,“ (Washington Post, 7. Apr. 1998). Gleichzeitig bedeutet eine hohe Zahl ausländischer Arbeitskräfte auch hohe Einnahmen aus der Besteuerung ihres Einsatzes, während die Herkunftsländer der Arbeitsmigranten von deren Rücküberweisungen in ihre Heimat profitieren. Innerhalb dieses Marktes sind die Grenzen zwischen legalen und illegalen Migranten oftmals fließend und für die betroffenen Menschen kaum einzuschätzen. Und es ist dieser Markt und seine enorme Eigendynamik - nicht zuletzt in Krisenphasen -, vor dessen Hintergrund staatliche Migrationspolitik in Malaysia und der Region zu analysieren ist. Dies um so mehr, als der Staat selber wichtiger Akteur in diesem Markt ist.

Zum Weiterlesen empfohlen:

Sidney Jones 2000: *Making Money off Migrants. The Indonesian Exodus to Malaysia, Hongkong*

Patrik Pillai 1999: *The Malaysian State's Response to Migration, in: Sojourn, Vol. 14, No. 1*

Jürgen Rüland 1997: *Südostasien, in: Peter J. Opitz (Hg.): Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem, München.*

Migration News: *Informationen über Migration unter der Internet-Adresse <http://migration.ucdavis.edu>.*

Industrialisierung und Binnenmigration in Thailand

Christiane Potzner

Thailands Industrialisierungsprozess begann in den 60er Jahren und erfuhr Ende der 80er Jahre mit hohen jährlichen Wirtschaftswachstumsraten von bis zu 13,2 Prozent (1988) eine enorme Beschleunigung. Dabei wuchs der sekundäre Wirtschaftssektor, vor allem das verarbeitende Gewerbe, stark an. Fabrikationsstätten schossen mit Hilfe ausländischer Direktinvestitionen seitens westlicher Industrienationen sowie Japans, Taiwans und Südkoreas aus dem Boden und das Produktions- sowie Exportvolumen industriell gefertigter Waren erhöhte sich um ein Vielfaches, letzteres von 1,2 Prozent im Jahre 1960 auf 78 Prozent 1992. Exportanteile der Landwirtschaft verringerten sich im gleichen Zeitraum von 90,5 auf 22 Prozent. Mit der Liberalisierung des Handels Anfang der 80er Jahre und der neu eröffneten Möglichkeit für ausländische Investoren, in Thailand Fabriken, Hotels, Freizeitanlagen, Kinos, Shopping Malls u.a. zu errichten, üben diese Strukturveränderungen in der thailändischen Wirtschaft auch Einfluss auf Politik und Gesellschaft aus. Zu beobachten ist neben dem Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozess eine zunehmende Demokratisierung des Staates (1) sowie Veränderungen innerhalb der Gesellschaft. „Moderne“ Werte rücken in den Vordergrund, vor allem bei jüngeren Personen, während traditionelle Werte immer mehr verblassen. Ersteres wird z.B. sichtbar im Konsumverhalten, in der Kleidung oder in der Präsenz von Luxusgütern, die zunehmend nach westlichen Mustern ausgerichtet sind, während traditionelle Werte wie z.B. der Familienzusammenhalt und Generationsbeziehungen mit dem Anwachsen individueller Bedürfnisse von

dem Wunsch nach Unabhängigkeit abgelöst werden.

Welche Auswirkungen haben diese Transformationsprozesse auf das Migrationsverhalten der thailändischen Bevölkerung? Besteht ein Wirkungszusammenhang zwischen Industrialisierung und Migration?

Festzustellen ist, dass während der 40er und 50er Jahre kaum Land-Stadt-Wanderungen erfolgten, mit der Transformation Thailands von einem Agrarstaat zum Newly Industrializing Country (NIC) (2) dessen Bevölkerung jedoch zunehmende Mobilität aufweist. Zwischen 1985-90 wurden 1,6 Mio. Binnenmigranten vom National Statistical Office (NSO) gezählt, also 2,8 Prozent der Gesamtbevölkerung 1990, wobei dies einschränkend auf bestimmte Altersklassen zutrifft, nämlich größtenteils auf 15-35jährige.

Innerhalb welchen Raumes finden nun Bewegungen statt? Migrationsströme zwischen der Peripherie und anwachsenden urbanisierten Zentren sind hinsichtlich des Industrialisierungs- und Verstädterungsprozesses vermehrt auszumachen, während in vorindustrieller Zeit Migrationsströme hauptsächlich

zwischen peripher gelegenen Räumen stattfanden. Eine steigende Tendenz der Migration vom ländlichen in den urbanen Raum findet gleichzeitig mit dem Industrialisierungsprozess statt. So kann die Frage des Wirkungszusammenhangs von Industrialisierung und Migration bejaht werden, wobei sich im Anschluss die Frage des Wirkungsgrades stellt.

Die Hauptstadt Bangkok weist schon von jeher eine enorm hohe Primacy auf, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller, politischer und finanzieller Hinsicht. Mit der immensen Vormachtstellung der Metropole auf allen Ebenen kam es zu einem enormen Bevölkerungs- und Flächenwachstum während der letzten Jahrzehnte. „Only half about urban growth is due to natural increase. In a sense, area annexation is caused by migration, however.“ (UN, 1988). Für das Jahr 1980 gibt das NSO in Bangkok eine Anzahl von 27 Prozent an Migranten an der Gesamtbevölkerung Bangkoks an. Dabei machen Arbeitsmigranten mit 67,5 Prozent den größten Prozentsatz aller Zuwanderer in Bangkok Metropolis aus (insgesamt migrierten zwischen 1975-80 340.792 Personen nach Bangkok und zwischen



1985-90 waren dies sogar knapp 700.000 Personen, die nach Bangkok und Umgebung wanderten), gefolgt von etwa 11 Prozent derjenigen, die mit dem Haushaltsvorstand umziehen. Die Suche nach Arbeit ist also der Hauptgrund für den Entschluss, das Heimatdorf oder die Kleinstadt in Richtung Megacity Bangkok zu verlassen. Gerade mit dem erheblichen Arbeitskräftemangel an un- und angelernten Arbeitskräften, der mit der Erschließung des Hinterlandes durch verschiedenste Industriezweige in und um Bangkok im Zuge der Industrialisierung entstand, strömten Migranten aus dem armen Nordosten des Landes, aber auch aus dem Norden, dem Süden und der Zentralebene in die Hauptstadt. Seit den 90er Jahren wird die bereits erwähnte Zahlendimension von knapp 341.000 Personen, die in den Großraum Bangkok migrieren, jährlich erreicht. Allein 1997 kamen etwa 335.000 Personen. Dabei ist interessant, dass der Hauptmigrantenstrom nicht aus der ärmsten Region des Landes, dem Nordosten, erfolgt, was hinsichtlich der schlechteren Lebensbedingungen und größeren Armut zunächst zu vermuten wäre, sondern nach NSO-Angaben 48 Prozent aller Migranten aus der benachbarten

Zentralebene zuwandern. Hieran lässt sich erkennen, dass die räumliche Nähe beim Ortswechsel eine entscheidende Rolle spielt – abwandernde Personen aus dem Nordosten bevorzugen zunächst kleinere urbane Ansiedlungen, zu denen sie wechseln.

Nur knapp ein Drittel der in Bangkok registrierten Migranten kommen aus dem Nordosten, 12 Prozent aus dem Norden und 9 Prozent aus dem Süden des Landes. Zur Zentralregion sowie dem Nordosten lassen sich bidirektionale Ströme ausmachen, vor allem zur Trockenzeit zwischen der Zentralebene und Bangkok. Unidirektionale Ströme in Richtung BMR (Bangkok Metropolitan Region) finden auch statt, dies überwiegend bei Personen mit lebenslanger Aufenthaltsabsicht am Zielort. Allerdings besitzen über 70 Prozent aller Migranten in Bangkok nicht die Absicht, lebenslang in der Hauptstadt zu verweilen (viele von ihnen verbleiben weniger als ein Jahr in der Stadt). Die meisten von ihnen fanden relativ schnell Beschäftigungsmöglichkeiten, ob nun im formellen oder informellen Sektor, so dass die Arbeitslosenquote vor Ausbruch der Wirtschaftskrise im August 1996 und 1997 mit ca. einem Prozent auf relativ

niedrigem Niveau lag.

Die Binnenmigration in den Jahren vor der Krise beläuft sich hauptsächlich auf eine Land-Stadt-Wanderung, wobei Bangkok das beliebteste Ziel darstellte. Mit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der sozialen Krise als Folge ersterer, schnellte die Arbeitslosenquote in Thailand zum Höhepunkt der Krise auf 5,6 Prozent (Mai 1999) hoch, was mit einer staatlichen Arbeitslosenversicherung relativ leicht überwindbar gewesen wäre. Jedoch haben fehlende staatliche Leistungen im sozialen Bereich diese Unterbeschäftigung zu einem großen Problem werden lassen. Mit der Schließung tausender klein- und mittelständischer Unternehmen (etwa 80 % der Industrieunternehmen in Thailand sind handwerkliche Kleinbetriebe oder mittelständische Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten) sowie Massenentlassungen in der städtischen Industriearbeiterschaft und den Beschäftigten in der Dienstleistungsbranche (nach Angaben des Asia Yearbook 1999, verloren etwa 2-4 Millionen Beschäftigte ihren Arbeitsplatz), waren viele Migranten gezwungen, in ihre Dörfer zurückzukehren, so dass Ende 1997/ Anfang 1998 umgekehrte Migrationsströme erfolgten, und zwar zurück aus der Stadt auf das Land. Dort halfen den über eine Million heimkehrenden Migranten die familiären und ländlichen Netze, die flexibel und hilfsbereit auf die soziale und finanzielle Notlage reagierten. Der Großteil der Heimkehrer konnte vom landwirtschaftlichen Sektor absorbiert werden, während diejenigen, die keine (ihren Vorstellungen entsprechende) Arbeit fanden, inzwischen entweder nach Bangkok zurückgekehrt sind oder in anderen regionalen urbanen Zentren nach Arbeit Ausschau halten.

Festzuhalten gilt, dass sich Migrationsströme, die früher überwiegend zwischen ländlichen Bereichen oder zwischen urbanisierten Zentren stattfanden und das wiederum innerhalb eines



changwats (Provinz) mit der Industrialisierung verändern. Im Zuge des Industrialisierungsprozesses Thailands erfolgten Migrationsströme größtenteils vom Land in die Stadt sowie changwat-übergreifend, während nach Ausbruch der Krise (und der damit verbundenen Rezession in der Wirtschaft) sich diese umkehren, nun nämlich von der Stadt auf das Land erfolgen.

Während die wirtschaftliche Krise in Thailand aufgrund der Befolgung strikter Auflagen durch den Internationalen Währungsfonds, der Thailand nach Ausbruch der Krise mit einem 17,2 Milliarden US-Dollar umfassenden Kredit aushalf, schon fast wieder überwunden ist (Thailand gilt inzwischen nicht nur als „Weltmeister im Wirtschaftswachstum“, sondern auch als „Weltmeister in der Krisenbewältigung“), sind die Folgen der sozialen Krise noch überall spürbar, im städtischen Leben, aber vor allem auf dem Land. So ist für die nähere Zukunft zu vermuten, dass sich Migrationsströme mit der Erholung der thailändischen Wirtschaft erneut in Gang setzen, um der Armut auf dem Lande, die nach Krisenausbruch gerade im Nordosten stark angewachsen ist, zu entfliehen. Diese werden wohl wieder in derselben Richtung, nämlich vom Land in die Stadt, erfolgen, jedoch nicht mehr so konzentriert auf Bangkok ausgerichtet sein wie in früheren Zeiten. Wanderungsgewinne werden auch in den Provinzhauptstädten erwartet, da Arbeitsmöglichkeiten für die untersten Einkommensgruppen in Bangkok nach der Krise noch immer nicht gegeben sind und mit der Modernisierung der Megastadt zunehmend eingegrenzt werden.

Positiv an dieser Entwicklung ist die Verwirklichung des Ansatzes einer Dezentralisierung im Land sowie des schon länger geforderten Disparitätenausgleichs, zumindest zwischen Bang-

kok und den Provinzhauptstädten des Landes. Des Weiteren werden das Bevölkerungswachstum und damit die Bevölkerungsdichte in der Hauptstadt eingedämmt, die aufgrund von Umweltschäden, Infrastruktur- und Transportproblemen sowie Überflutungsproblemen während der Regenzeit ein unbedenkliches Anwachsen nicht mehr vertragen kann.

Negativ an dieser Entwicklung ist, dass mit der erneuten Abwanderung der nach der Krise Heimgekehrten Dörfer wohl wieder aus ganz jungen und alten Personen bestehen werden, weil die mittlere Altersklasse erneut in Richtung Stadt migriert – Folgen bezüglich der Familienstruktur und soziale Probleme dieses Sachverhaltes also wiederum aufkommen. Ein niedriger Lebensstandard, Armut und Versorgungsprobleme werden somit auch weiterhin kennzeichnende Merkmale des dörflichen Lebens sein.

Folger lässt sich schließlich, dass spezifische Arbeitsmigrationsströme von wirtschaftlichen und politischen sowie gesellschaftlichen und sozialen Wandlungsprozessen beeinflusst werden und einschneidende Änderungen in der Struktur von Migrationssystemen verursachen. Transformationsprozesse in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft besitzen also demnach einen Wirkungszusammenhang hinsichtlich veränderter Wanderungsstrukturen, wobei das Ausmaß der Auswirkungen mit dem „migration reversal“ als Folge der Asienkrise auf hohem Niveau liegt.

Zum Weiterlesen empfohlen:

National Statistical Office 1998: Statistical Yearbook Thailand; Nr. 45; Bangkok

National Statistical Office 1998: Report of the Labour Force Survey: Whole Kingdom; Bangkok

National Statistical Office 1980: Population and Housing Census; Migration: Subject Report No.2; Bangkok

National Statistical Office 1990: Population and Housing Census; Bangkok

Söderholm-Lange, Aija 2000: Tiefgreifende Reformen halfen aus der Finanzkrise; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung; Eine Beilage von Weltnews vom 15. März

United Nations 1987: Population Growth and Policies in Mega-Cities: Bangkok; Population Policy Paper No.10; New York

Chao Phraya Delta; Kasetsart University Bangkok (1996); elektronisch veröffentlicht; URL: <http://std.cpc.ku.ac/delta/deltacp/features/feature1.htm>

Anmerkungen:

(1) Mit der neuen Verfassung 1997 wird seitens des Ministerpräsidenten CHUAN LEEKPAI mit ersten Erfolgen mehr Transparenz in das politische System und politische Machenschaften gebracht. Gerade nach Ausbruch der sog. Asienkrise Mitte 1997, die in Thailand ihren Anfang nahm, wird versucht, im Land die Vetternwirtschaft und Korruption einzudämmen.

(2) Angemerkt werden muss, dass Thailand seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 1997, der eine soziale Krise folgte, der Status eines NIC nicht mehr ganz zusteht. Das Volkseinkommen Thailands, auf Pro-Kopf-Basis, ist 1998 auf den Stand von 1990, d. h. ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von unter geforderten 2.000 US Dollar zurückgeworfen worden. Zutreffender wäre die Bezeichnung NEWLY INDUSTRIALIZING CITY für den Großraum Bangkok, denn hier werden alle Forderungen, die an ein NIC gerichtet sind, erfüllt, auch hinsichtlich des Einkommens.

Regionale Entwicklungsprobleme in den Philippinen

Wilfried Gebhardt

Im ost-/südostasiatischen Vergleich sind die Philippinen in ihrem Gesamtentwicklungsstand hinter ihre Nachbarstaaten (z.B. Malaysia, Thailand, Südkorea) zurückgefallen. Die wirtschaftliche Entwicklung der jüngeren Vergangenheit ist allenfalls als bescheiden zu bezeichnen und wird von einer nach wie vor hohen Bevölkerungsdynamik kontrastiert. Die Rückwirkungen dieser Prozesse werden im sozialen Sektor transparent: die Einkommen sind extrem ungleich verteilt, breite Bevölkerungsschichten leben in persistenter Armut. Weiterhin beeinträchtigen eine unausgewogene Landbesitzstruktur, erhebliche Naturgefahren sowie fortschreitende Umweltdegradierung die Gesamtentwicklung des Landes.

In raumdifferenzierender Perspektive drücken sich die Entwicklungsprobleme der Philippinen in regionalen Ungleichheiten (Ungerechtigkeiten) innerhalb der Raumstruktur aus, die sich unter dem Begriff der Metropolisierung bzw. Megapolisierung, zusammenfassen lassen. Die Megastadt, die in ihrem Innern von stark akzentuierten sozial-räumlichen Spaltungen gekennzeichnet, ja zum Kristallisationspunkt sozialer Gegensätze geworden ist, stellt als Phänomen nunmehr ein gravierendes Problem der Weltgesellschaft dar. Diese Raumkonflikte sind Problemhintergrund vieler empirischen Analysen des regionalen Entwicklungsgefälles, wo anhand von Entwicklungsindikatoren auf Provinzebene Untersuchungen vorgenommen wurden. Die ermittelten Ergebnisse lassen sich zunächst in folgenden vier Punkten zusammenfassen:

a) Es existiert eine deutliche Kluft zwischen der Hauptstadtregion auf der einen und den übrigen Einzelräumen auf der anderen Seite.

b) Zwischen den Landesteilen außerhalb Manilas bestehen ebenfalls gravierende räumliche Disparitäten.

c) Das regionale Entwicklungsgefälle verschärft sich mit zunehmender Entfernung zur Metropole.

d) Ausnahmen innerhalb dieses Raumusters ergeben sich erst bei ausreichend großem Abstand zur Hauptstadt in Provinzen mit eigenständigen Städten, was wiederum auf ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle schließen läßt.

Diese grundsätzlichen Befunde bestätigen die Resultate von Untersuchungen, die schon in den siebziger Jahren durchgeführt wurden. Die dynamische Analyse des regionalen Entwicklungsgefälles innerhalb eines Zeitraums von etwa 15 Jahren ergab im weiteren folgendes Bild:

a) Die Hegemonialstellung Manilas konnte über Spill-Over-Effekte vornehmlich in das südliche Umland, das eine überdurchschnittliche Entwicklungsdynamik entfaltet hat, insgesamt etwas gemildert werden. Die detailliertere Betrachtung einzelner Lebensbereiche zeigte jedoch, daß die *funktionale Primacy* der Metropole sich weitgehend behaupten, ja sogar teilweise noch ausgebaut werden konnte, so daß letztlich von einem signifikanten relativen Rückgang der Entwicklungsdominanz nicht die Rede sein kann.

b) Außerhalb des verdichteten Raumes in und um Manila konnten lediglich eine „Entwicklungssachse“ entlang der Westküste Nord-Luzons, der Großraum Cebu sowie kleine Teile Nord-Mindanaos leichte Entwicklungserfolge verbuchen.

c) In den allermeisten Einzelregionen des Landes stagnierte die Entwicklung bzw. verschlechterten sich sogar die Lebensbedingungen noch weiter. Die peripheren Räume unterlagen weiteren

intraregionalen Differenzierungsprozessen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß das regionale Entwicklungsgefälle auf nationaler Maßstabsebene keineswegs abgebaut werden konnte - im Gegenteil: In einigen Bereichen haben sich die räumlichen (inter- und intransularen) Disparitäten innerhalb des Archipelstaats noch weiter verschärft.

Zum Verständnis der regionalen Entwicklungsprobleme in den Philippinen wurde eine Reihe von makroökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Faktoren identifiziert, die sich entwicklungshemmend auswirk(t)en. So blieb die staatliche Regionalpolitik und -planung mit dem Ziel der Reduzierung regionaler Disparitäten über die Instrumentarien der industriellen Dezentralisierung und einer integrierten ländlichen Entwicklung ohne durchgreifenden Erfolg. Vielmehr wurde der Standort Metro Manila wirtschaftspolitisch durch die Protektion der verarbeitenden Industrie und die Konzentration der öffentlichen Investitionen auf die Hauptstadtregion noch gefördert. Ein wesentlicher entwicklungshemmender Faktor ist in der Ineffizienz der zentralistisch ausgerichteten, reformunfähigen und durch weitreichende Korruptionstendenzen geprägten institutionellen Infrastruktur zu sehen.

Es wurde deutlich, daß eine effektive, regional ansetzende Entwicklungspolitik und -planung aufgrund der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Brisanz der räumlichen Ungleichgewichte unumgänglich ist. Ziel einer sektoral und regional integrierten Politik muß die mittelfristige Reduzierung der sozioökonomischen Disparitäten von der regionalen bis zur innerstädtischen Ebene sein.

Aus sozial-moralischen Gründen ist eine gerechtere Verteilung der Güter anzustreben, aus ökonomischen Gründen ist die Gefahr der negativen Agglomerations-effekte zu bannen und aus integrations-politischen Gründen ist die staatliche Einheit zu erhalten.

Abbau des regionalen Entwicklungsgefälles: Das Fallbeispiel der Insel Mindoro

Ein Abbau des regionalen Entwicklungsgefälles durch die Förderung von Klein- und Mittelstädten und damit über eine funktional stärker ausgeglichene Städtehierarchie konnte beispielsweise auch nicht auf der Insel Mindoro mit ihren größten Gemeinden *San José* (Occidental Mindoro) und *Calapan* (Oriental Mindoro), erreicht werden. Durch die räumliche Nähe zur Metropole Manila konnten sich in Mindoro keine Städte mit eigenständiger Entwicklungsdynamik entfalten. Die Provinzhauptstädte sind heute in erster Linie Handels- und Dienstleistungszentren. Sie fungieren als Sammelstelle für landwirtschaftliche Produkte aus der Provinz zur internen Konsumtion und Ausfuhr und besitzen Verteilungsfunktionen hinsichtlich nicht-lokaler Güter. Ihre sozioökonomischen Verflechtungen sind eindeutig und hochgradig über die sich nördlich anschließende Provinz Batangas auf die Hauptstadtregion ausgerichtet. Angesichts man-

gelnder Entwicklungsdynamik bei steigendem demographischen Druck wird die Funktion eines regionalen Entwicklungszentrums, das in weiter entfernten Orten Entwicklungseffekte für eine breite Bevölkerungsschicht induziert, sicher derzeit und auch in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden. Lediglich das historisch bedeutsame und im Vergleich zu *San José* größere und dynamischere *Calapan* weist diesbezüglich in Ansätzen Potentiale auf.

Die Bedeutung von kleinen Städten im regionalen Entwicklungsprozeß ist in den Philippinen frühzeitig im Zuge wachsenden Regionalentwicklungsbewußtseins in den siebziger Jahren thematisiert worden. Wie für Mindoro gesagt, ist die Stellung solcher Kleinzentren, die sich im großen Einflußbereich der Megastadt befinden, aber bis heute nur sehr schwach. Die Eigendynamik wird gehemmt, es lassen sich Struktur- und Versorgungsdefizite feststellen, Entwicklungsanstöße für das agrare Umland bleiben aus.

Die Finanzmittel, die zum zukünftigen Ausbau der technischen, sozialen und institutionellen Infrastruktur erforderlich sind, stehen allerdings nur in geringem Umfang zur Verfügung. Dies wirkt sich als bedeutendes Hindernis beim Ausbau eines ausgewogeneren Zentrumsystems aus. Aufgrund der hohen Verschuldung der Philippinen sind die Möglichkeiten, sich die notwendigen Mittel auf den in-

ternationalen Finanzmärkten zu beschaffen, begrenzt. Vor dem Hintergrund eines geringen Haushaltsbudgets ist es zunächst das Ziel der Regierung, die Funktionsfähigkeit der Metropole aufrechtzuerhalten statt in noch wenig entwickelten Regionen zu investieren. Im Gespräch mit dem Verf. stellte *Hermes G Pelayo*, leitender Mitarbeiter des *Department of Budget and Management* und langjähriges Regierungsmitglied, diesbezüglich folgende Frage: „Warum sollten wir im Bereich Bildung statt in die U.P., die hervorragende Ergebnisse produziert, in eine peripher gelegene Universität investieren, die - wenn überhaupt - erst in einigen Jahren gute Arbeiten liefern kann?“.

Die Möglichkeit, daß die Rolle von Kleinstädten eine substantielle Stärkung - sofern nicht endogen ausgelöst - erfahren kann, sowie sichtbare Erfolge eines Abbaus der Disparitäten sind also mittelfristig in den Philippinen kaum in Sicht. Eine weitere schwerwiegende Hypothek für die Entwicklung des Landes im allgemeinen ist ein fehlendes soziales Gewissen der Eliten gegenüber den Unterprivilegierten. Allgemein muß für eine Vielzahl von Entwicklungsländern festgestellt werden: Nicht nur von der Mehrheit der Reichen, sondern auch von der des aufstrebenden Mittelstandes vieler dieser Länder werden die Armen eher verachtet.

Wilfried Gebhardt (Kbenczek@t-online.de) ist Geograph und hat über sechs Jahre als Experte für die ländliche Entwicklung auf den Philippinen, Indien und Tanzania gearbeitet.

Webtipp

Myanmar

Auch zu Myanmar bietet das Internet reichlich Informationen. Wichtige Informationen zu Verhaltensregeln oder gefährlichen Regionen findet man auf der Seite des Auswärtigen Amtes (http://www.auswaertiges-amt.de/5_laende/Mym/). Outdoor- oder Trekking-Freunde werden bei <http://www.burma.de/>, <http://www.asiatour.com/myanmar/inhalt1.htm> und <http://www.myanmarreisen.com/> fündig. Die Seite <http://www.myanmars.net/> bietet Infos zu Landschaft, Kultur und Geschichte. Wenn das Klosterleben schon immer fasziniert hat, sollte sich diese Seite einmal ansehen <http://www.nandawon.demon.co.uk/>. Luxusverwöhnte Touristen interessiert eher die Seite des Pansea-Hotel in Yangoon (<http://www.pansea.com/yangoon.htm>). Einen ersten optischen Vorgeschmack was das Land alles an Interessantem zu bieten hat findet man unter <http://www.falax.de/index.html> und <http://www.impuls-design.de/matweb/reisefot/myanmar/>.

Dezentrale Landnutzungsplanung in den Philippinen

Der Einsatz moderner geographischer Instrumente auf der Bondoc Halbinsel (Quezon Provinz)

Olaf Haub

In den Philippinen wurde mit der Revolution 1987 die Dezentralisierung der politischen Entscheidung – und zwar auf der untersten Dorfebene (Barangay) – demokratisch herbeigeführt und im sogenannten *Local Government Code* gesetzlich manifestiert. Damit soll eine potentialorientierte Entwicklungsplanung von unten nach oben getragen werden („bottom-up,-Planung). Mit der Dezentralisierung wird durch den Transfer von behördlichen Verantwortungen und der Bereitstellung von finanziellen Ressourcen den *Local Government Units* (also den Behörden der Dorf- und Stadtverwaltung) Autonomie eingeräumt. Grundlegende Servicefunktionen im Gesundheitswesen, der Landwirtschaft oder dem Management natürlicher Ressourcen fallen nun in den Verantwortungsbereich der *Local Government Units*. Doch mit dem *Local Government Code* soll nicht nur der Transfer der Macht von der nationalen Regierungsebene auf die lokale Regierungsebene übertragen werden, sondern noch weiter von den lokalen Behörden auf die Bürger. Als zentrales Anliegen des *Local Government Code* ist daher die Integration der ruralen Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse zu verstehen. Dies bedeutet die Umsetzung einer „integrierten Planung,, (*Area Based Integrated Development Planning*), durch die Einführung von partizipativen Prozessen auf der untersten administrativen Ebene, der Dorfebene (Barangay). Die ‘Summe’ der Dorfpläne muß dann weiter in die nächst höhere Planungsebene (der Stadtgemeinde, ‘Municipality’) integriert werden. Mit dieser Dezentralisierung ergeben sich eine Reihe von Problemen, die für die philippinischen Kommunalplaner neu sind: Einerseits ist das Datenmaterial, das als Planungsreferenz die-

nen sollte mangelhaft. Kartographische Daten sind ungenau und veraltet, Statistiken sind unzuverlässig oder fehlen. Schließlich sind Daten, die für eine kleinräumige Planung benötigt werden so gut wie nicht vorhanden, da sich die Planung bislang auf höherer administrativer Ebene, und damit für großräumigere Regionen abspielte. Die Zusammenstellung von Daten jeder Art für die Dorfebene wurde daher bislang stark vernachlässigt. Auf der anderen Seite sehen die Planungsrichtlinien, die von den zuständigen Behörden in Manila vorgegeben werden, gerade die Verwendung und Aufbereitung solcher Daten für die Barangay-Planung vor. Dieser Anspruch an Planungsdaten ist vollkommen unrealistisch. Den Kommunalplanern der Barangays und Municipalities fehlt einerseits die entsprechende Erfahrung, andererseits die Kapazitäten um diese „Datenlücken,, zu schließen. Sie sind daher vollkommen überfordert mit der Erhebung und Zusammenstellung von umfangreichen Planungsdaten.

Um dieses „philippinische Modell,, der

Dezentralisierung umzusetzen und die politischen Entscheidungsträger mit der Planungsdurchführung auf die Dorfebene zu projizieren, muß eine Basis für die Planungsabläufe durch eine moderne Landnutzungsplanung geschaffen werden.

Dezentrale Planung und Partizipation: Die Umsetzung eines Konzeptes auf der Bondoc Halbinsel (südl. Luzon, Philippinen)

Ein Konzept für die dezentrale Planung unter aktiver Beteiligung der lokalen Bevölkerung wird derzeit vom Bondoc Development Program (BDP) auf der Bondoc Halbinsel im südl. Luzon (Quezon Province) umgesetzt. Das BDP ist eine deutsch-philippinische Kooperation mit dem Ansatz der Ländlichen Regionalentwicklung (LRE). Von deutscher Seite ist die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) mit der Projektdurchführung beauftragt. Die Anleitung der lokalen Bevölkerung um die Durchführung einer dezentralen partizipativen Planung zu unterstützen, ist als eines von mehreren Zielen des

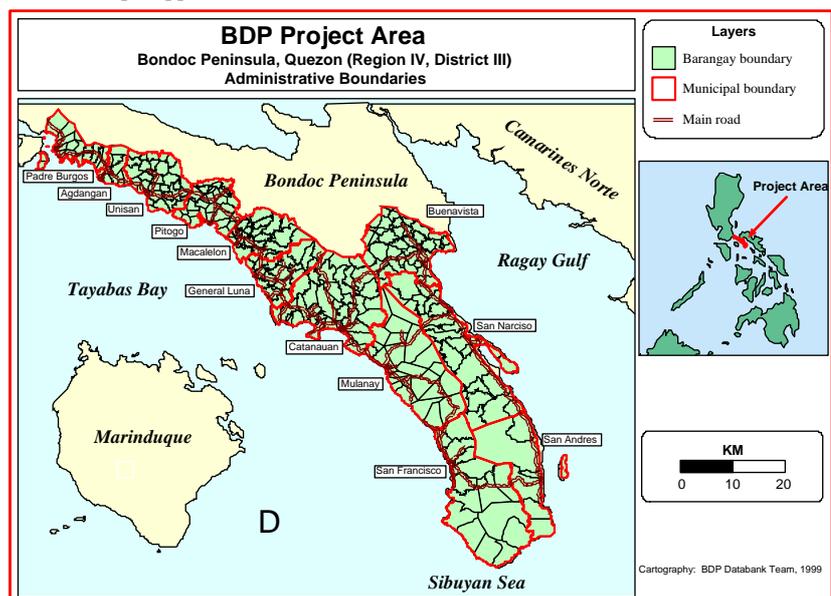


Abb. 1: Die Bondoc Halbinsel im Süden der Hauptinsel Luzon (Philippinen)

BDP definiert.

Im Rahmen dieses Projektes wird mit modernen Instrumenten Datenmaterial als Grundlage für die Planung auf der untersten administrativen Ebene zusammengestellt. Dabei werden mittels Fernerkundung, Global Positioning System (GPS) und einem Geographischen Informationssystem (GIS) adäquate Planungsgrundlagen zur Identifizierung der Infrastruktureinrichtungen, der aktuellen Landnutzung etc. zusammengestellt. Der Bedarf der lokalen Bevölkerung wird über das Participatory Rural Appraisal (PRA) und „Social Mapping„ ermittelt. Mit der Entwicklung einer Strategie für den kombinierten Einsatz von modernen Technologien (also GIS, GPS, Fernerkundung, relationale Datenbanken etc.) und partizipativen Methoden als Planungsinstrumente wurde eine Basis für die Planungsabläufe geschaffen.

Eine eigens hierfür entwickelte Strategie, die 'Digital Sketch Method' (DSM), erlaubt es, beide Informationsarten für die Erstellung von Plänen zu verwenden und gleichzeitig die Pläne auf die nächst höhere administrative Ebene zu projizieren. Damit werden einerseits entsprechende Planungsgrundlagen bereitgestellt, andererseits wird der *bottom-up*-Ansatz gewährleistet.

Partizipative Planung: der PRA-Ansatz

In der Tat deckt sich der *Local Government Code* mit den berühmten „vier D's„ des Entwicklungsansatzes von Robert Chambers (CHAMBERS, 1997: 197 ff): *Decentralization, Democracy, Diversity, Dynamism*. Entwicklung ist dabei als fortlaufende Veränderung zu verstehen.

Dieser Ansatz führte zur Methode des Participatory Rural Appraisal (PRA) und wird von BDP als Grundlage für die dezentralisierte Dorfplanung eingesetzt. PRA basiert ursprünglich auf einer Methode (dem sogenannten *Rapid Rural*

Appraisal, RRA), die für die rasche Abschätzung von Problemen und Potentialen der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen einer Region gedacht war. Dieser Ansatz wurde von verschiedenen Organisationen weiterentwickelt und führte zu PRA (SCHÖNHUTH u. KIEVELITZ, 1993: 5).

PRA ist eine Methode, die lokale Bevölkerung dazu anzuregen und zu unterstützen, ihre Entwicklungsprobleme und -potentiale zu untersuchen und entsprechende Verbesserungsmaßnahmen (also „Projekte„) vorzuschlagen. Die PRA-Methode greift auf eine Reihe von Erhebungsinstrumenten zurück, die je nach Zielsetzung der Erhebung entsprechend ausgewählt werden können. Solche Instrumente sind bspw. saisonale Kalender, 'Venn-Diagramme', u.a.

Ein für die Landnutzungsplanung besonders wichtiges PRA-Instrument ist das *Social Mapping*. Beim *Social Mapping* werden von der Bevölkerung zwei wesentliche Karten auf großformatigem Papier erstellt: die *Resource Map* und die *Vision Map*. Bei der *Resource Map* werden Status und Potential der sozioökonomischen und natürlichen Ressourcen sowie existierende Probleme kartographisch erfaßt. Die *Vision Map* dokumentiert wie der untersuchte Raum aus Sicht der Bevölkerung nach einem bestimmten Zeitraum (z. B. nach 5 oder 10 Jahren) aussehen sollte.

Resource und *Vision Map* sind deshalb von besonderem Interesse, da kleinräumiges Kartenmaterial für Bondoc (und für weitere große Teile der Philippinen) so gut wie nicht existiert bzw. veraltet oder unzuverlässig ist. Das *Social Mapping* bildet daher die einzige aktuelle raumbezogene Informationsgrundlage für die Planung. Dabei kann



Abb. 2: *Vision Map* eines Dorfes, erstellt von der lokalen Bevölkerung während eines PRA-Workshops

die *Vision Map* bereits als 'Entwurfsplan' angesehen werden.

Die räumliche Genauigkeit (also Topologie, Lagegenauigkeit, Flächengrößen etc.) der Karten, die über *Social Mapping* erstellt werden, kann natürlich nicht stimmen, da die Karten mit der Hand und 'aus dem Kopf' gemalt werden. Dennoch sind die Informationen qualitativ hochwertig, da sie bei entsprechender Interpretation sehr deutlich die Bedürfnisse der Bevölkerung dokumentieren.

PRA wird zunehmend für die Dorfplanung und andere lokale Planungsaktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Allerdings gibt es nur wenige Beispiele, wo PRA explizit für die dezentrale Planung angewendet wurde, um anschließend die Ergebnisse auf einer höheren Planungsebene zu aggregieren und anschließend in die Planungsrichtlinien der oberen Planungsebenen einzubauen.

Mit der Anwendung der PRA-Methode durch BDP wird zwar der partizipative Ansatz des *Local Government Code*, die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse zu integrieren, erfüllt, allerdings kann PRA nicht den konkreten Datenanforderungen der Planungsbehörden gerecht werden.

Kombination von moderner Informationstechnologie und partizipativen Planungsinstrumenten

Wie bereits dargelegt, ist großmaßstäbiges Kartenmaterial als Planungsgrundlage für die Dorfplanung nicht vorhanden. Daher gilt es, Wege zu finden, um diese Planungsgrundlagen zu erstellen und sie unterstützend im Planungsprozeß einzusetzen.

Da das PRA wegen der räumlichen Ungenauigkeit der Ergebnisse nicht ausreicht, um ein endgültiges Planungsdokument zu entwerfen, müssen weitere Methoden als Planungsinstrumente neben dem PRA eingesetzt werden. Hierfür wurden von BDP folgende Methoden und Technologien eingeführt:

- Datenerhebungen mit dem Global Positioning System (GPS),
- Auswertung von Fernerkundungsdaten,
- Erstellung von „Dorfprofilen,“ über die Befragung von Schlüsselpersonen und
- die Verwaltung und Auswertung dieser Daten in einem Geographischen Informationssystem (GIS).

Zusätzlich dienen vorhandene, von anderen Institutionen erstellte Karten als Ergänzung der Informationsgrundlagen. Bei diesen Karten handelt es sich entweder um Karten im Maßstab 1:250.000, um Karten, die bereits vor über 15 Jahren erstellt wurden oder um Karten, die Verzerrungen und Ungenauigkeiten aufweisen. Ihr Nutzen für die Barangay-Planung ist daher stark eingeschränkt weshalb sie lediglich zum Vergleich herangezogen werden können.

Erhebung von Planungsgrundlagen

Bevor die partizipativen Methoden in den Sitzungen mit der Bevölkerung eingesetzt werden (sogenannte „Planungs-Workshops,“), sind zunächst adäquate Planungsgrundlagen zu schaffen, die als Referenz für die eigentliche Planung dienen.

Als eine erste wichtige Planungsgrundlage wird die Infrastrukturausstattung eines Barangays (Dorfmarkierung) mit GPS erfaßt, da Karten-

material, das die Infrastruktur dokumentieren sollte, auf Kartierungen basiert, die bis in die 50er Jahre zurückreichen und veraltet ist. Es kann daher sogar vorkommen, daß ganze Siedlungen (sog. ‘Sitios’) bisher nicht kartographisch erfaßt sind. Bei der Erfassung der Infrastruktur werden sog. ‘Barangay Halls’ (eine Art Mehrzweckgebäude, das für Treffen verschiedener Art genutzt wird; jedes Dorf hat eine die Barangay Hall), Schulen, Kindergärten, Einrichtungen für die Gesundheitsversorgung (Health Stations, Krankenhäuser), Kirchen, Brücken, etc. mit einfachen GPS-Messungen aufgenommen. Die Agglomeration bestimmter Infrastruktureinrichtungen indiziert eine Siedlung.

Weiterhin werden Landbesitzverhältnisse (eine im Zuge der philippinischen Agrarreform außerordentlich wichtige Information) und administrative Grenzen mittels GPS vermessen. Die Aktualisierung von Gemeindegrenzen ist ein besonderes Problem in den Philippinen. Da Änderungen von Grenzverläufen nicht immer bei den zuständigen Behörden gemeldet wurden bzw. diese keine angemessene Datenpflege durchführten, stammen die offiziellen ‘Boundary Maps’ teilweise noch aus den 30er Jahren. Die Berechnung

von Flächen und Einwohnerzahlen ist daher selten zuverlässig. Gerade solche Informationen sind jedoch Kriterien für die Zuweisung von öffentlichen Geldern oder für die Festlegung von Wahlbezirken. Da die Vermessung von Grenzverläufen recht hohe Ansprüche an die räumliche Genauigkeit stellt, müssen die GPS-Messungen differentiell korrigiert werden. Dadurch sind die Erhebungen wesentlich aufwendiger als bei der Erfassung der Infrastruktur.

Ein weiteres Instrumentarium für das Erstellen von Planungsgrundlagen ist die Auswertung von Fernerkundungsdaten. Für Bondoc liegt eine panchromatische SPOT-Szene vor, die vor allem der Kartierung von Straßen und Siedlungen dient. Allerdings konnten hierüber auch die Zerstörung der Mangrovebestände und die einhergehende Küstenabtragung dokumentiert werden. Die Mangroven werden hier vor allem deshalb gerodet, um die Flächen als Fischteiche nutzen zu können.

Ein multispektrales Satellitenbild des LANDSAT TM dient zudem der Klassifizierung der aktuellen Landnutzung. Statistische Grundlagendaten bzgl. Demographie, sozioökonomischer Situation, Probleme und Potentiale eines Dorfes werden über die Befragung von

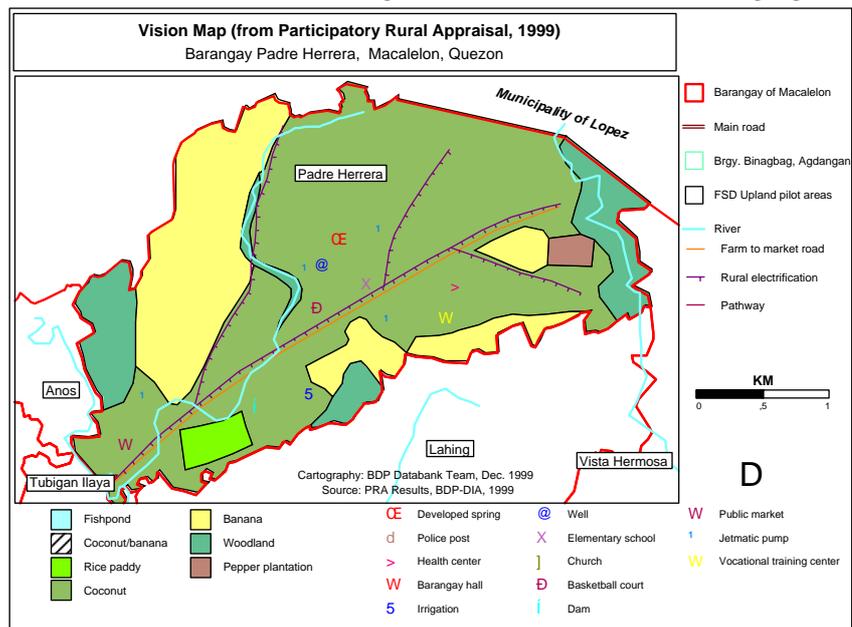


Abb. 3: Digitalisierte Vision Map als ‘Entwurfsplan’

Schlüsselpersonen (z.B. den Barangay Captain, ein gewählter Dorfcchef, oder Gruppenführer von Genossenschaften etc.) ermittelt. So kann relativ rasch ein Profil von jedem Dorf erstellt werden, um die jeweiligen Charakteristika zu dokumentieren. Die Befragung wird für jedes Dorf durchgeführt und anschließend in ein GIS eingegeben, um die statistischen Daten 'zu verorten' und räumliche Sachverhalte und Disparitäten darzustellen.

Schließlich wird bestehendes Kartenmaterial der Behörden, falls möglich und sinnvoll, in dem GIS erfaßt und ergänzend ausgewertet. Hierbei ist es vor allem eine Karte bzgl. der Bodenverhältnisse, die sich als nützlich erwies. Weitere brauchbare Karten sind selten. Die so zusammengestellten Planungsgrundlagen sind das erste Teilergebnis im Planungsprozeß. Sie werden im GIS aufbereitet und zunächst als Referenz für die eigentliche Planung – also den PRA-Workshop – bereitgestellt. Nach der Durchführung des partizipativen Planungsworkshops werden die Daten weiterhin für Analysen genutzt.

Planerstellung

Nachdem die Planungsgrundlagen zusammengestellt sind erfolgt im zweiten Schritt des Planungsprozeß' die partizipative Planung, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu identifizieren. Hierbei wird, neben verschiedenen PRA-Dokumenten (u.a. die *Resource Map*), das zweite wichtige Teilergebnis der Planung, die *Vision Map* als „Entwurfsplan“, vorgelegt.

Um nun die Ergebnisse des partizipativen Planungsworkshops auszuwerten und in einem abschließenden Planungsdokument zu präsentieren, müssen die Informationen wie alle anderen Planungsgrundlagen digital im GIS erfaßt werden. Dabei sind die *Resource* und die *Vision Map* von besonderer Bedeutung.

Ein Schlüsselproblem hierbei ist die

Kombination von präzisen Fernerkundungs- und GPS-Daten mit den kartographisch ungenauen aber inhaltlich wertvollen partizipativen Informationen. Eine eigens hierfür entwickelte Strategie (HAUB, 1998a, 1998b und 1999), die *Digital Sketch Method* (DSM), erlaubt es, beide Informationsarten für die Erstellung von Plänen zu verwenden und gleichzeitig die Pläne auf die nächst höhere administrative Ebene (die Municipality) zu projizieren.

Mit der *Digital Sketch Method* werden die *Resource* und *Vision Map* digital im GIS erfaßt, um Analysen, Ergänzungen und Korrekturen sowie Vergleiche mit den anderen Planungsgrundlagen durchführen zu können. *Resource* und *Vision Map* müssen zunächst in eine geodätisch genaue Karte transformiert werden, um diese dann digitalisieren zu können. Dabei ist Voraussetzung, daß diese Karte den bereits digitalisierten Daten im GIS genau entspricht, um Lücken oder Überlappungen zu vermeiden. Hierfür wird mit dem GIS eine *Orientierungskarte* erstellt. Diese *Orientierungskarte* enthält die administrative Grenze der Dorfgemarkung auf die sich die jeweilige PRA-Karte bezieht, einige markante Punkte die als räumliche Referenz dienen (zur „Orientierung,“) und ca. 5 bis 8 Punkte, deren geographische Koordinaten bekannt sind. Die Dorfgrenzen der Orientierungskarte werden dem entsprechenden Datenlayer aus dem GIS entnommen, wo sie bereits erfaßt sind. Die Orientierungspunkte sind in der Regel mit GPS vermessene Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Brücken, Kirchen etc.. Die geographischen Koordinaten sind willkürlich gewählte Punkte, die gleichmäßig über das Kartenblatt der Orientierungskarte verteilt sind. Die Koordinaten können im GIS abgelesen und mit einem Kreuz gekennzeichnet werden.

Im nächsten Schritt der DSM erfolgt die manuelle Übertragung der *Resource* und der *Vision Map* in je eine *Orientierungs-*

karte. Die mit GPS vermessenen Referenzpunkte dienen dabei als 'Orientierung', da sie i. d. R. Infrastruktureinrichtungen darstellen, die auch in den PRA-Karten von der Bevölkerung eingezeichnet werden. So entstehen zwei *Sketch Maps*, die inhaltlich der *Resource* und der *Vision Map* entsprechen.

Diese *Sketch Maps* werden im letzten Arbeitsschritt der DSM digitalisiert, wobei die bekannten Koordinatenpunkte als Kontrollpunkte bei der Digitalisierung dienen. Somit werden die Informationen der *Resource* und *Vision Map* verortet indem sie in eine Karte mit einer geodätischen Kartenprojektion übertragen wird. Da sich alle im GIS erfaßten Planungsgrundlagen auf diese Projektion beziehen, sind nun auch die PRA-Karten mit diesen Daten vergleichbar, etwa durch sogenannte „Overlay-Analysen,“, weil sie lagegleich sind. Somit wurden aus dem „Entwurfsplan,“ (der *Vision Map*) und der *Resource Map* digitale *Sketch Maps* kompiliert.

Basierend auf der Auswertung aller Planungsgrundlagen werden nun Korrekturen und Ergänzungen am Entwurfsplan vorgenommen um abschließend eine kartographische Darstellung des Planes zu präsentieren, die räumlich genau ist und deren Inhalt von der lokalen Bevölkerung mittels partizipativer Methoden erstellt wurde.

Die Standardisierung der Dorfpläne gewährleistet eine einfache Integration in die Planung der nächsten administrativen Ebene, der *Municipality*. Mit dem GIS können nun alle Dorfpläne (Barangay-Pläne) einer Municipality in einer Karte dargestellt werden. Diese Karte wiederum stellt den „Entwurfsplan für die Municipality dar, der ebenfalls mit partizipativen Methoden verifiziert bzw. korrigiert wird. Ohne die Verwendung eines GIS müßten diese Dorfpläne mit der Hand als Municipality-Plan zusammengestellt werden.

Die hier vorgestellte Planungsmethode gewährleistet eine erhebliche Arbeitser

leichterung beim Erstellen von Plänen. Über die PRA-Methode wird die Partizipation gewährleistet, und der Einsatz moderner Technologien wie GPS und Satellitendaten verbessern die Genauigkeit, die Zuverlässigkeit und die Aktualität der Pläne. Letztendlich wird durch die gemeinsame Darstellung aller Pläne die Grundlage für die nächste höhere Planungsebene geliefert. Somit fließen diese Informationen 'von unten nach oben' (bottom-up), womit der dezentrale Anspruch des *Local Government Code* erfüllt wird.

Entsprechende Trainingsmaßnahmen für die lokalen Planer sollen die entwickelten Planungsabläufe zum nachhaltigen Planungsinstrumentarium machen.

Literatur

Boguslawski, Michael v. (1998): *Regional the Database Implementation for RRAN. Consultancy report on behalf of the United Nations Development Program (UNDP). May 1998, Colombo/ Jaffna (Sri Lanka), Gießen.*

Haub, Olaf (1998b): *Database Implementation at BDP- and Municipality Level. Report of a Consultancy for the Bondoc Development Program (GTZ). October 1998, Catanauan (Philippines), Gießen.*

Haub, Olaf (1998b): *Database Implementation at BDP- and Municipality Level. Report of a Consultancy for the Bondoc Development Program (GTZ). October 1998, Catanauan (Philippines), Gießen.*

Haub, Olaf (1999): *Application of Modern Tools for Decentralized Planning. Report of a Consultancy for the Bondoc Development Program (GTZ). May 1999, Catanauan (Philippines), Gießen.*

Schönhuth, Michael und Kievelitz, Uwe (1993): *Partizipative Erhebungs- und Planungsmethoden in der Entwicklungszusammenarbeit. Schriftenreihe der GTZ, Nr. 231, Universum Verlagsanstalt, Wiesbaden.*

Olaf Haub [olaf.haub@geogr.uni-giessen.de] ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Justus-Liebig Universität in Gießen und arbeitet an einer Promotion über die dezentrale Planung in den Philippinen. Davor freiberuflich als Berater für den Aufbau von geographischen Informationssystemen in Entwicklungshilfeprojekten (vorwiegend für die GTZ in den Philippinen und UNDP in Sri Lanka) tätig.

Webtipp

Thailand

Tourismus: <http://www.tourismthailand.org/>, <http://home.t-online.de/home/suedostasien/start.htm>, <http://www.ctt-reisen.de/>, <http://www.asiatour.com/thailand/inhalt1.htm>

Touren-Planung: <http://www.baanthai.com/zug.shtml>, http://www.tourasia.net/bangkok_transport/

Bangkok: <http://www.bangkok.com/>, <http://www.bangkoknet.com/guide.html>, <http://www.bangkok.news-letter.com/>

Nord-Thailand: <http://www.chiangmai-online.com/>, <http://welcome-to.chiangmai-chiangrai.com/>

Süd-Thailand: <http://www.amazingsamui.com/>, <http://www.phuket-travel.org/>

Cambodia

Tourismus: http://asiatours.net/cambodia/tours_ge.html

Japan

Infos: <http://www.japanlink.de/>, <http://www.jin-japan.org/insight/index.html>

Botschaft: <http://www.embjapan.de/>

Onlineführer: <http://www.japan-guide.com/d-index.htm>

Tokyo: <http://www.pandemic.com/tokyo/>; <http://www.so-net.ne.jp/tokyoq/>

Hotels: <http://www.japanhotel.net/>

Australia

Infos: <http://www.australien-info.de/>

Northern Territories: <http://www.taunet.net.au/banana/home.htm>

Sydney: <http://www.sydney.com.au/>

Alice Springs: <http://www.octa4.net.au/alicemm/>

Aborigines: <http://www.aboriginalaustralia.com.au/>

Whale watching: <http://www.sapphirecoast.com.au/whales/default.htm>

Urban planning in Singapore - An Interview with Mr. Liu

Christina Delius

Im Anschluß an den Aufsatz über den 'öffentlichen Wohnungsbau in Singapur' von Will Hammelrath in der letzten PACIFIC NEWS (Nr.13) folgt nun ein Interview mit einem der Chefplaner des öffentlichen Wohnungsbaus in Singapur, Liu Thai Ker. Das Interview wurde von der Hamburger Stadtplanerin Christina Delius via E-Mail mit Herrn Lui geführt und erschien erstmals in der Nummer 63 von INTERPLAN, dem Newsletter der International Division der American Planning Association (APA). Wir geben das Interview mit freundlicher Genehmigung der APA hier in leicht gekürzter Form wieder. Informationen zur International Division der APA finden sich im Internet unter der Adresse: www.interplan.org; zur APA unter www.planning.org.

Interview questions

Housing

Question: Most of Singapore's population lives in New Towns planned and built by the HDB, which consist largely of very densely populated high-rise towers. In recent years the strategy has been to diversify the architecture, and also to build less high-rise and more medium height buildings. Mr Liu, as former Chief Executive Officer of the HDB, can you explain why this decision was made?

Answer: Given the small land area of 648km², and projected large population size, over 4.5 million people, Singapore has no choice but to go for high-rise, high density public housing, if we are serious about providing good housing for every citizen. There is no known attempt by the government to go for medium-rise public housing.

Further, we have to define what is meant by densely populated high-rise. A densely developed housing estate does not necessarily have a high population density. The dense appearance is a function of plot ratio or floor area ratio, and to a lesser extent, of building height. But population density is a function of not only plot ratio, but also the floor area occupied per person, which in turn is a function of family size and apartment size. The smaller the family size, or the larger the apartment size, the lower the population density.

As to population density, it averages out to 760 persons per ha, which is definitely moderate, compared to over 1,500 person per ha in Hong Kong. In Singapore, the average household size is 3.7 persons now and the majority of apartment type is the 4-room apartment with a net floor area 90m². That works out to be 24m² per person. So although the plot ratio is moderately high, the overall floor area occupied per person is very high, therefore the person per hectare density is relatively low. What it means is that Singaporeans can enjoy large apartments despite shortage of land.

A word or two more on our apartment sizes. These have evolved over the last four decades, reflecting rapid economic development and higher affordability among the people. In the last 5 years, the government, in anticipation of a larger population size than earlier planned, has found it necessary to increase the plot ratio and building height.

The government does not arbitrarily increase or decrease building height and density. Plot ratios are set to make sure that there is enough land to build enough

residential floor area to satisfy the needs and affordability of all Singaporeans now and in the long term future. For this reason, even though there may be ample undeveloped land in Singapore now, we need to maintain a high plot ratio of public housing development in order to leave ample space for future generations and yet maintain a high standard of housing.

Transportation

Question: Singapore has a good public transportation network, which obviously helps to keep the use of private cars down. But furthermore the Singaporean government has actively discouraged car ownership, for example through road pricing. Could you explain this a little further and give some other examples?

Answer: The Singapore government is very committed to keeping traffic flowing. This minimizes travel time for motorists and goods, and ensures that emergency services reach their destinations in good time. To do so, the government has taken a 3-pronged approach.

First, good public transportation system. This includes a good taxi service plus a comprehensive mass rail transit system supplemented by buses and, more recently, by the light rail transit system. The first LRT will be commissioned in Nov 1999.

Second, continuous improvement of road network through the construction of new roads, widening of roads where possible, and a few tunnels in congested areas.

But these measures to improve transportation do not automatically reduce traffic in the central area of



Singapore. As a third approach, the government has found it necessary to introduce measures to discourage car ownership as well as car usage in the congested CBD and on heavily traveled roads. For example, government requirements for car parking provision for buildings in the CBD is lower than those in the outer regions. Car parking charges can be set by car park operators to truly reflect market demand and serve as a deterrent to driving into the CBD. The Area Licensing Scheme (ALS) was introduced in 1975 to discourage traffic entering the CBD during morning peak hours. The system required a license, costing S\$3.00 (1) initially and later S\$4.00, displayed on the windscreen when a passenger car carrying fewer than 4 persons entered the CBD during peak hours. In 1989, the scheme was modified to include all vehicles except emergency vehicles and public buses. The hours were extended to alleviate the evening peak hours. Later, the system was extended from 7.30 am to 7.00 pm on weekdays and 7.30 am to 2.00 pm on Saturdays to even out traffic flow in the city throughout the day. The cost of the license was also adjusted. However, purchase of the license was cumbersome and was inflexible for fine-tuning charges according to usage. The

Electronic Road Pricing System (ERP) was thus formally introduced in April 98. This system has the ability to vary the charges based on vehicle type, location and time of day. The objective is to shift the emphasis from vehicle ownership taxes to usage-based cost.

There are other measures to help manage car ownership as well as car usage in general. Through taxes and a vehicle quota system (VQS) the vehicle population is regulated in a manner that is equitable, controls traffic congestion and maintains overall revenue neutrality for the government.

The COE is the heart of the Vehicle Quota System (VQS) which regulates the growth of vehicle population, that takes into consideration existing road capacity, traffic conditions and the number of vehicles that will be scrapped for the year. The COE is essentially the right to own a vehicle. All vehicles have an entitlement for ten years from the date of registration.

As an incentive to replace old cars, the Preferential Additional Registration Fee (PARF) scheme was introduced in 1975. If a vehicle owner replaces his vehicle before it reaches 10 years old, he can enjoy the benefits of PARF when he registers a new vehicle.

The fact that the public transport system

is widespread, with frequent services, comfortable and highly reliable, has gone a long way towards helping Singaporeans accept the measures to minimize car ownership and discourage car usage in congested areas. The government is likely to continue to improve the availability and attractiveness of public transportation as well as to build new roads, expressways and tunnels according to the master plan. Despite all these measures, vehicle ownership continues to rise, from 0.154 vehicles per person in 1980 to 0.176 in 1997. If the traffic volume on roads continues to increase, probably further new measures would be introduced in order to maintain traffic flow.

Singapore is a city planned with mass transit in mind. Mass transit lines run along high density population corridors. Rights of way for future rail lines have been reserved. Therefore, the capital cost, not having to pay for high land prices, can be kept low. The operation cost for rail and buses can be self-sufficient.

Singapore's Future

Question: Singapore has the image of being clean and green – but also of being very controlled and maybe a little boring. In your contribution to Ooi Giok Ling and Kenson Kwok's book titled 'City and The State', you mention some efforts to „enrich the personality of the city“. Can you describe this approach? What are your projections for Singapore in the future? What will the city look like in 2030?

Answer: The image of Singapore as a boring city is a thing of the past. It is true that through the 60's, 70's and as late as the '80s, many people considered Singapore to be too clinical. However, after the mid-80s these comments suddenly disappeared. In the 90s, visitors would go as far as describing Singapore as an exciting place to visit – a place full of energy and activities.

There are several reasons for the transformation. By mid-80s, Singapore already had about 25 years of solid urban development. In the early days, we invested heavily in infrastructure – on things underground, or ports and power stations outside the city, or the road and rail network. Even the buildings had to be built with low budgets. In the 80s, there was spare capacity for more investments above ground, with greater refinement. We could afford to invest in more attractive buildings, public squares, parks, footpaths and street furniture. On top of that, with Singapore as a whole becoming more affluent, there has been increasing enthusiasm and greater need for arts and culture. That has helped generate more creative human activities and artistic embellishment of public spaces around the city. Considering that it has taken charming European cities centuries to be where they are, Singapore is progressing quite well in the last 34 years.

Urban development is more than a three dimensional exercise. It needs the time dimension. When we planned the city, we were not in a hurry to be interesting. We wanted the infrastructure to be done right, and the urban landscape to be orderly, harmonious and user-friendly. We believed that, these would provide a handsome urban stage for a more creative urban drama to slowly take place. If we had been impatient, or overly concerned with criticisms by outsiders, we would have created an artificially varied environment with no aesthetic depth. Singapore would have become a theme park rather than a real city.

As to the future of Singapore, I believe that the basic form of the city is quite set. The road and rail networks will

essentially remain except that there will be more light rail lines to complement the main systems. The clean and green quality will remain, except that trees will be 30 years more mature and majestic. The number of buildings and density of the city will increase. Collectively, they demand even greater skill to manage – to strike a comfortable balance between solid and void, buildings and spaces. Certain main streets will be studied in detail for overall upgrading, environmentally, architecturally and commercially. The quality of architecture will be of international standard in terms of quality of construction and aesthetic appeal. But, we are not in the race of vying for taller buildings. There will be more cultural buildings and urban squares. Footpaths will become more of an extension of living spaces than a means for pedestrian traffic. The unique personality of the city will become more pronounced, with greater emphasis to highlight its tropical and Asian flavour. Existing historical buildings will mostly remain and probably go through another few rounds of renovation to become even more authentic. Streets will be lined with more varied and good quality street furniture. Singapore River and the downtown water courses will be bustling with pleasure crafts to reinforce the fact that Singapore is an island-city-nation.

Other Places

Question: *Drawing from your experiences in China, where you are involved as an adviser, how do you see the urban landscape changing there?*

Answer: The miracle of the modernisation of China is associated mainly with economic and technological progress as well as some cultural

development. However the same cannot be said of the quality of urban and even rural environment in China. While many cities seem to have their master plans, few, if any, will have workable master plans. Even if there is a workable master plan, the decision making process in these cities is confusing and tends to undermine any good plan. Many people in the government have their say on how a city should be developed. Developments are often completed before planning and architectural designs are finalised. With few exceptions, Chinese cities suffer from serious air and water pollution, traffic congestion, ugly urban landscape and an unfriendly environment, particularly for the young and old. In their quest for uniqueness and variety of building design, these buildings not only destroy the unity of urban landscape but also they themselves look like urban architectural caricatures. There is a great and urgent need to address the urban problems in China before they become too difficult and costly to rectify.

The interview was conducted by email. 9 November 1999

(1) S\$ 1 currently is equivalent to about US\$ 0.50. (C. Delius)

Further reading

Ooi Giok Ling, Kenson Kwok (ed.) 1997: *'City and The State - Singapore's Built Environment Revisited'*, Institute of Policy Studies, Oxford University Press, Singapore

Ooi Kiok Ling (ed.) 1995: *'Environment and the City'*, Institute of Policy Studies, Times Academic Press, Singapore

Martin Perry, Lily Kong, Brenda Yeoh (ed.) 1997: *'Singapore - A Developmental City State'*, John Wiley & Sons, Chichester, UK,

Forschen in Südostasien – Ein Erfahrungsbericht

Harald Leisch

Forschen in Südostasien macht Spaß. Forschen in Südostasien frustriert. Beide Sätze haben durchaus ihre Gültigkeit. Ob der Spaß oder der Frust dominiert hängt vor allem vom Forscher selber ab, von seinem Verhalten gegenüber den Einheimischen und seiner Geduld. Der Spruch: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommst du ohne ihr“, trifft in Südostasien eher nicht zu. Allzu stark ausgeprägtes Selbstbewusstsein wird von den Einheimischen eher als unangenehm empfunden. Dominantes Auftreten (u.a. lautes Sprechen) führt auf der Gegenseite zu Unsicherheit, die für eine Zusammenarbeit alles andere als fruchtbar ist. Einfühlungsvermögen und Verständnis für die andere Kultur, Religion etc. sind unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiche Forschung. Es kommt nicht selten vor, dass die Kolleginnen und Kollegen zunächst viel weniger an der Forschung interessiert sind, sondern erst einmal wissen wollen, ob man verheiratet ist, Kinder hat, wie viele, warum nicht, wie alt man ist und andere Dinge mehr. Dieses persönliche „Beschnuppern“ ist einer besseren Zusammenarbeit durchaus dienlich, wenngleich für einen Deutschen doch eher ungewöhnlich und vielleicht zu persönlich. Es sollte allerdings nicht so weit gehen, dass man die eigene Kultur ganz vergisst. Bei aller Rücksicht auf landestypische Umgangsformen, Höflichkeiten etc. darf und sollte man doch Deutscher bleiben. Hoch angerechnet wird jede Kleinigkeit, die beweist, dass man sich über die Forschung hinaus mit dem Land auseinandersetzt, sich dafür interessiert. Vor allem Sprachkenntnisse, und seien sie noch so bescheiden, öffnen Türen. Man liest es in jedem Reiseführer und es stimmt: Mit wenigen Sätzen in der Landessprache kann man die Herzen der

Menschen öffnen. Der „private“ Weg ist ohnehin der beste, um an irgendeine Information oder Unterstützung heranzukommen. Haben einen die Menschen dort erst einmal in ihr Herz geschlossen, ist die Hilfe meist sehr groß. Die meisten helfen übrigens viel lieber, wenn sie wissen, dass das was man tut, der eigenen Karriere dient, z.B. in Form einer Promotion oder Habilitation. Dann weiß man, dass man diesem Menschen, der vor einem steht direkt und persönlich hilft. Wer glaubt, mit einem (letztlich anonymen) Riesenprojekt protzen zu müssen, wird deshalb oft weniger Erfolg haben, es sei denn, es geht dabei um sehr viel Geld, von dem auch den einheimischen Beteiligten etwas zugute kommt, in Form von Mitarbeiterstellen o.ä. Auch wenn die äußeren Rahmenbedingungen stimmen, ist dies noch keine Garantie für erfolgreiches Arbeiten vor Ort. Hier sollen keine Vorurteile geschürt werden, dennoch zeigt sich meist, dass die Zusammenarbeit vor allem dann funktioniert, wenn die Einheimischen einen eigenen Vorteil darin sehen. Eine Eigenschaft, die in Deutschland übrigens auch nicht unbekannt ist. Dabei gilt ein Vorteil für eine Behörde, ein Institut, die Uni oder gar die Gesellschaft oder das Land für den Einzelnen nicht als besonders erstrebenswert. Das eigene Fortkommen steht natürlich im Vordergrund. Es bietet sich also an, sein eigenes Vorhaben geschickt zu verkaufen, nach dem Motto: „Da hast du dann auch etwas davon.“ Ansonsten bleibt es oft bei leeren Versprechungen. Aber wie immer gilt auch hier: Es hängt stets von der einzelnen Person ab. Jeder weiß, dass in einer deutschen Amtsstube alles und nichts möglich ist, je nachdem wer drin sitzt. So ist es auch in Südostasien, vielleicht aber etwas ausgeprägter. Geduld ist all-

erdings in den meisten Fällen angesagt, vor allem bei Behörden aber auch an staatlichen Universitäten. Eine Privatuniversität reagiert häufig sehr viel flexibler. So konnte der Autor an einer indonesischen Privatuniversität, wenige Stunden nach dem ersten Gespräch mit dem Rektor, das eigentlich nur der Vorstellung diente, sein eigenes Büro beziehen, das ihm für zwei Jahre zur Verfügung gestellt wurde, obwohl nie eine solche Bitte geäußert wurde und die Gastdozentenräume belegt waren. Innerhalb weniger Tage mobilisierten Pro-Rektor und Dekan Studierende für die Mitarbeit am Forschungsprojekt. Bei solchen Gelegenheiten fragt man sich, wie es einem ausländischen Wissenschaftler, der ohne große Voranmeldung an einer deutschen Universität auftaucht, wohl ergehen würde. Vermutlich hätte die Raumkommission den Antrag auf einen zusätzlichen Büroraum binnen eines halben Jahres abschließend behandelt. Aber es kann eben auch anders laufen. Stundenlanges Warten trotz eines Gesprächstermines kann zumindest in den Großstädten stets leicht mit der verheerenden Verkehrssituation entschuldigt werden. Der indonesische Ausdruck *jam karet* (Gummizeit) beschreibt sehr anschaulich den allgemeinen Umgang mit Zeit und Terminen. Da fleht so mancher: „Herr, gib mir Geduld – aber bald!“ Es hilft nichts, für ein mürrisches Gesicht wird man kein Verständnis finden; erwartet wird eher ein entschuldigendes Lächeln. Dieses Zeitverständnis kann aber auch für den deutschen Forscher von Vorteil sein, wenn er beispielsweise vom Monsunregen überrascht wird und selbst die Straße nicht überqueren kann, ohne bis auf die Haut nass zu werden. In einem solchen Fall wäre klar, dass das Gespräch erst nach dem Regen beginnt.

Das Klima als solches muss ohnehin – da kaum veränderlich – akzeptiert werden. Im Gegensatz zu den Europäern flüchten die Menschen in Asien eher vor der Sonne. Es gibt den Spruch, dass nur verrückte Hunde und Europäer in tropischen Ländern mittags durch die Straßen laufen. Bei Terminen außerhalb der durch Klimaanlage auf Külschranktemperatur gehaltenen Büros sollte man diesen Umstand beachten.

Es gibt auch immer noch Länder, in denen „vertrauensbildende Maßnahmen“ in Form von Banknoten – auch „nützliche Projektausgaben“ genannt – außerordentlich hilfreich sein können. Dann ist sogar häufig mehr möglich als in Ländern, in denen dieses Verfahren weniger Anwendung findet. In Vietnam kann man mit etwas Großzügigkeit jedenfalls viel erreichen. Wer dies allerdings von Indonesien, das wegen seiner Korruption berüchtigt ist, erwartet, der irrt. Dort wird einem eher noch etwas geschenkt, zumindest seit der politischen Wende.

Der politische Umbruch in Indonesien hat die Forschung ohnehin sehr erleichtert. Niemand weiß so recht wie weit die neue Offenheit gehen soll; und so gibt man inzwischen eher etwas mehr heraus als zu wenig. Grundsätzlich sind die Arbeitsbedingungen dort, wie auch in Malaysia und Thailand überwiegend sehr

gut. Es ist in der Regel sehr leicht, per Telefonanruf oder vorausgeschicktem Fax mit Kurzerläuterung einen Gesprächstermin zu bekommen. Auch hier gilt dann aber: Je geringer die Erwartungshaltung ist desto geringer die Enttäuschung. Auf einen kritischen Austausch sollte man jedenfalls nicht zu sehr hoffen. Die asiatische Höflichkeit, lässt wirkliche Kritik kaum zu, was dann für beide Seiten gilt. Wer mit seiner Forschung Negatives aufdeckt oder aufzudecken gedenkt, sollte sich sicher sein, alles was er braucht vor der ersten entsprechenden Veröffentlichung oder anders geäußerten Kritik zusammen zu haben.

Forschungsgenehmigungen soll es in den meisten Ländern auch geben. Zumindest kann und sollte man sie eigentlich beantragen. Ob man sie jemals bekommt, steht auf einem anderen Blatt. Doch wer nicht gerade mit schwerem Gerät ins Gelände zieht, braucht sich darum kaum Sorgen zu machen. Es wird wohl niemand danach fragen. Die DFG besteht bei den von ihnen geförderten Projekten jedoch auf einer Forschungsgenehmigung oder aber einem Nachweis, dass das Projekt auch ohne eine solche durchgeführt werden kann. Hilfreich ist allerdings immer irgendein offiziell wirkendes Schreiben, mit dem

man sich „legitimieren“ kann, sei es von der eigenen Universität oder einer Universität oder Behörde im Aufenthaltsland. Die Deutschen Botschaften und der DAAD geben im übrigen auch in solchen Angelegenheiten gerne Hilfestellung. Lediglich in Malaysia ist es dem Autor widerfahren, dass eine Sekretärin in einem Ministerium es abgelehnt hat, einen Gesprächstermin mit ihrem Chef zu vereinbaren, weil keine Forschungsgenehmigung vorlag. „Nicht eine Information oder Zahl werden Sie ohne die Genehmigung bekommen“, meinte die auf den Vorschriften bestehende Dame. Dass man allerdings selbst in Malaysia ohne jegliche Genehmigung im National Statistical Office oder den Verkaufsbüros der Ministerien alles Wichtige erwerben kann, war ihr wohl nicht bekannt. Und inzwischen setzt sich das Angebot an wissenschaftlich verwertbarem Material im Internet ohnehin über alle Grenzen und Forschungsgenehmigungen hinweg.

Das Beispiel zeigt, es können immer wieder ungeahnte Hürden auftauchen, über die man aber letztlich doch nicht stolpern muss. Man sollte nie nach dem ersten fehlgeschlagenen Versuch aufgeben. Jeder ist seines Glückes Schmied, und: Forschen in Südostasien macht Spaß!

Dr. Harald Leisch [leisch@uni-bonn.de] ist zur Zeit Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft am Geographischen Institut der Universität Bonn und forscht seit 1992 in Südostasien.

GLOSSE

Die Südsee – Wer zählt das Paradies? Anmerkungen zur statistischen Aufbereitung der Pazifischen Inselwelt

Tobias Reeh

Der Aufbau einer eigenen „statistischen Datenbank“ ist für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Pazifischen Inselwelt ein unumgängliches Muss: Eine Aufgabe, die zahlreiche Probleme, Überraschungen und Besonderheiten für den Bearbeiter bereithält.

Aller Anfang ist schwer

James Cook (1728-1779) sorgte mit seinen Entdeckungsfahrten für den Beginn der Vorstellungen vom Südseeparadies. Auch sein gewaltsamer Tod im vermeintlichen Garten Eden brachte diesen Assoziationen keinen Abbruch. Ein „neuer Raum“ war geboren und mit ihm das geographische Bestreben, ihn auszu-leuchten.

Doch was ist die pazifische Inselwelt überhaupt und was zählt nun genau zu dieser vermeintlichen „riesigen Wasserwüste“? Die vielfältigsten Abgrenzungskriterien werden hierzu in der Literatur herangezogen: Geomorphologie, Klimatologie, Botanik oder etwa auch kulturelle Aspekte. Dieser Vielfalt steht die Auswahl der verwendeten Bezeichnungen in nichts nach: pazifischer Raum, Ozeanien, Südpazifik, südpazifischer Inselraum usw. Doch gerade diese Irritationen bereits auf der Makroebene sind es, die einen Geographen zur Höchstform auflaufen lassen. Die theoretischen Barrieren und Unklarheiten sind folglich schnell überwunden, denn im Rückgriff auf die einschlägige Literatur (z.B. KOLB 1984, KOLB, JASCHKE 1986, KREISEL 1991) lässt sich eine Definition zusammenbasteln: „Die pazifische Inselwelt soll in diesem Zusammenhang begriffen werden als ein Teil des „pazifischen Raumes“. Hierunter versteht man einerseits die gewaltige, inseldurchsetzte Wasserfläche des Pazifischen Ozeans und andererseits den „pazifischen Randsaum“ der angrenzenden Kontinente. Die pazifische Inselwelt umfasst hierbei

denjenigen Kulturraum, der durch die traditionellen „ozeanischen“ Bevölkerungsgruppen der Melanesier, Mikronesier und Polynesier grundgelegt ist. So berauscht von der wohlfeilen Formulierung – aber irgendwie auch nicht schlaueser als vorher – stürzt man sich dann in die nächsten Schwierigkeiten: Kartographische Hürden müssen überwunden werden, denn dem riesigen Ausmaße der Region (181,34 Mio. Quadratkilometer) steht die winzige Ausdehnung von Mikrostaaten gegenüber (z.B. Nauru mit 21 Quadratkilometern). Schnell ist ein kleines Atoll, was unter Umständen einem ganzen Staat gleichkommen kann, kartographischer Generalisierung zum Opfer gefallen.

Mit wem man es zu tun hat...

Nach erfolgreicher Vorarbeit kann sich der Geograph auf die Suche nach der „Heiligen Zahl“ begeben. Schnell ist erkannt, dass die statistischen Jahrbücher wie man sie etwa von den „Zahlmeistern“ aus Wiesbaden kennt, hier nicht als Maßstab dienen können. Die vielen Territorien und Staaten (insgesamt 25 – aber ganz sicher ist man sich da nie) mit ihren z.T. gänzlich unterschiedlichen hoheitlichen Ausprägungen (von A wie American Samoa als „unorganized unincorporated territory“ über N wie Neukaledonien als „territoire d'outremer“ bis zum W wie West Samoa, das seit 1962 unabhängig ist) weisen große Unterschiede hinsichtlich der Quantität und Qualität ihres publizierten Datenmaterials auf. Grob lassen sich die Län-

der hinsichtlich ihres statistischen Angebots in vier Klassen kategorisieren.

- Zum ersten die Länder, die sich in politischer Abhängigkeit befinden und von ihrem „Mutterland“ fürsorglich statistisch betreut werden. Die Fortführung der traditionsreichen „kolonialen Administratur“ sorgt für die Aufnahme von Zahlenmaterial. Die USA legen hierbei besonders großen Wert auf die statistische Aufbereitung (z.B. Guam).

- Dann gibt es diejenigen Gebiete, die sich ebenfalls noch immer in politischer Abhängigkeit befinden, deren Behandlung jedoch eher etwas stiefmütterlich ist. Es lassen sich nur wenig Investitionen in den Aufbau von modernen Verwaltungsstrukturen feststellen bzw. aufgrund von schwierigen politischen Situationen wird Zahlenmaterial bewusst nicht herausgegeben. So etwa aus naheliegenden Gründen bei der indonesischen Provinz Irian Jaya (West Papua).

- Die dritte Klasse sind die bereits seit längerer Zeit unabhängigen Inselstaaten, deren Territorium über Atoll-Größe hinaus geht. Die dortigen Statistiker erzeugen teilweise Übersichten, die sich sehen lassen können (z.B. Vanuatu).

- Die letzte Klasse bilden die pazifischen Zwergstaaten, in denen statistische Erhebungen nur eine untergeordnete Rolle spielen wie etwa auf Tuvalu oder Nauru.

...und wie man zu seinen Daten kommt

Hinsichtlich der Kontaktaufnahme mit den behördlichen Einrichtungen vor Ort bzw. den zuständigen Ländervertretungen soll angemerkt werden, dass man einiges an Zeit, Geduld aber auch Nerven investieren muss, da sie insbesondere durch Probleme technischer Natur erschwert ist. Frustriert von stundenlangen Faxorgien und endlosen Warteschleifen mit Musik, die von Bach bis zum „Telekom-Bitte-warten-Sie-

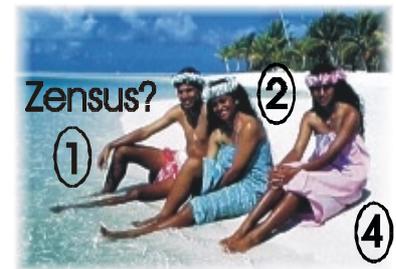
Rap“ reichen, bleibt dem genervten Geographen ein erfrischendes Bad in der Datenflut des Internets als Alternative, um die aufbrausenden Wogen seiner forschenden Gemütswelt durch diese Segnung des Informationszeitalters glätten zu lassen. Doch recht schnell zeigt sich, dass auch in diesem Medium die Recherche recht viel Zeit in Anspruch nehmen kann. Insgesamt reicht die Angebotspanne von Homepages von Privatleuten, die es sich offenbar zur Aufgabe gemacht haben, dass z.T. fehlende Angebot von öffentlicher Seite durch privates Engagement zu kompensieren, bis hin zu Daten von NGO's, Immobilien- und Touristikunternehmen. Umfangreiche Informationen erhält man aber auch über die Seiten des CIA (<http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/index.html>), die einen ansprechenden Länderkatalog zusammengestellt haben. Trotz der großen Versuchungen angesichts der vielen Quellen im Internet sollte sich das Gewissen des Forschers rühren, will er Aspekte wie die Validität und die Reliabilität des Materials nicht gänzlich ausblenden. Bei den Sekundärquellen kommt man natürlich nicht umhin, sich an Einrichtungen wie etwa die WHO, WTO oder die Weltbank zu wenden. Neuere Zahlen findet man auch vereinzelt in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln.

Es ist nicht alles Gold was glänzt!

Bei dem so mühsam zusammengetragenen Material handelt es sich dann um einen „farbenfrohen statistischen Warenkorb“. Hochglanzprospekte konkurrieren hierbei mit handgemalten Tabellen um die Gunst des Lesers. Hier und da

bekommt man von vermeintlich statistischen Einrichtungen auch schon mal Broschüren über Tauchkurse und Hotelownerships geschickt, obwohl in der Anfrage nichts von Urlaub und Investmentmöglichkeiten stand. Grundsätzlich empfiehlt es sich, Sprachlexika in Griffweite zu haben, denn die Freude über die endlich eingetroffene Post oder das völlig unleserliche Fax könnte sich ansonsten schnell trüben.

Die Übersichten reichen also von „lückenhaften Rohdaten“ bis zur „akribischen Erbsenzählerei“. Während man bei einem Territorium keine genauen Einwohnerzahlen findet (z. B. West Papua), weiß man in anderen Regionen, wie viele Menschen das Schicksal des Marlboro-Man alljährlich teilen (z. B. Hawaii). Aufgrund der erheblichen „Entwicklungsunterschiede“ führt das eine Land etwa die Häuser mit Wasser- und Stromanschluss auf, während das andere seinen prozentualen Anteil an der Weltproduktion der Elektronik-Branche angibt. Hierbei stehen Rohdaten hochaggregierten Einheiten, von denen man häufig nur erahnen kann, was sich dahinter verbirgt, gegenüber. Nicht immer nachvollziehbar ist auch die Aufteilung in die einzelnen Wirtschaftssektoren: Unklare Zuordnungen, die einen angestrebten Ländervergleich zusätzlich erschweren. Als echte geographische Herausforderung ergibt sich in diesem Zusammenhang etwa die Frage, wie der Staat zwischen urbanen und ruraalem Raum trennt – eine Frage, deren Antwort häufig im Dunkel bleiben muss. An vielen Stellen verspricht nur noch der beherrzte Griff zum Taschenrechner Erfolg. Dann gilt es beispielsweise zu bestimm-



men, wie viel der pazifische Franc 1988 wert war (die Auslandsabteilungen der ortsansässigen Kreditinstitute kennen mittlerweile das Geographische Institut) oder die Bevölkerungsdichte auszurechnen. Schwierig insbesondere dann, wenn man hierzu verschiedene Ländergrößen vorliegen hat. Nicht selten rechnen die Territorien nämlich die Seefläche, deren Ausmaß auch noch stets umstritten ist, zu ihrer Ländfläche hinzu. Gegenrechnen bietet sich also an - Aha-Effekte inklusive. Für Fortgeschrittene ist die Beschäftigung mit den z.T. doch recht ominösen Fortschreibungen und Schätzungen aller Art ein interessantes Aufgabenfeld. Trotz aller Anstrengungen kommt es unweigerlich zur Dominanz von Einzelangaben, der Mut zur Lücke in den Zahlenreihen wird eine typische Charaktereigenschaft des Bearbeiters. Um so schöner ist es dann, wenn man eine Lücke schließen kann, ohne den Pfad der wissenschaftlichen Tugend zu verlassen. Das Auffinden einer lang und verzweifelt gesuchten Angabe erscheint wie eine gelungene Theaterpremiere. Es muss nur am Rande erwähnt werden, dass sobald einige gesicherte Erkenntnisse zusammengetragen sind, Professoren, Doktoren und anderes Volk in Scharen wie die Motten zum Licht kommen, um die Früchte der mühsamen Arbeit zu ernten. Typisch!

Tobias Reeh ist studentische Hilfskraft in der unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Werner Kreisel stehenden Abteilung der Kultur- und Sozialgeographie der Georg-August-Universität Göttingen. Der pazifische Raum ist ein Forschungsschwerpunkt dieser Einrichtung.

Globalisierung - Regionalisierung - Fragmentierung: Neue Kontexte für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ost- und Südostasien

Anja Osiander

Zum zweiten Mal fand vom 8.-11. Mai dieses Jahres im Ost-West-Kolleg in Brühl bei Köln eine Tagung zu Ost- und Südostasien statt, die speziell als Forum für junge Experten und Expertinnen zu diesen Regionen konzipiert ist. Die Idee dazu geht auf eine Initiative des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) zurück. Eine ähnliche Veranstaltung findet schon länger zu Osteuropa statt. Wie schon im vergangenen Jahr wurde die Tagung von den China- bzw. Ostasien-Referenten des BIOst und des Ost-West-Kollegs der Bundeszentrale für politische Bildung, Gudrun Wacker und Christoph Müller-Hofstede, konzipiert und vorbereitet. Unter achtzig Bewerbungen wurden gut vierzig Kandidatinnen und Kandidaten für Magister, Diplom und Promotion aus der ganzen Bundesrepublik und aus der Schweiz ausgewählt und außerdem eine Reihe von etablierten "Seniors" eingeladen.

Die Brühler Nachwuchstagungen gehen neue Wege in der wissenschaftlichen Aufarbeitung aktueller gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in Ost- und Südostasien. Sie geben jungen Forschenden die Gelegenheit, einem interessierten, fachkundigen und zugleich vielfältigen Publikum ihre laufenden Arbeiten vorzustellen - eine Gelegenheit, die in dieser Form in Deutschland einzigartig ist und sich auch in internationalen Zusammenhängen nur selten bietet. Die Teilnehmenden üben sich im Vortrag, in der Moderation von Panels und in der Diskussionsleitung. Sie erhalten Anregungen von etablierten Akademikern wie auch von anderen Nachwuchswissenschaftlern, die entweder zu einem ähnlichen Thema in anderen empirischen Zusammenhängen arbeiten oder die aus

dem Blickwinkel anderer Fachrichtungen heraus neue Aspekte und Fragestellungen einbringen können. Nicht zuletzt gewinnen die jungen Forschenden auch einen Eindruck davon, wie breit das Spektrum asienbezogener Forschung jenseits des eigenen Lehrstuhls, Instituts oder Fachbereichs ist. Kurz: Die Nachwuchstagungen in Brühl wirken horizontweiternd.

Der horizontweiternde Effekt ist nicht zuletzt auf die Art und Weise zurückzuführen, wie der Ablauf der Tagungen in Brühl gestaltet ist. Jeweils drei Vorträge werden in einem Panel präsentiert. Die Panels sind so zusammengestellt, dass sie unter einem gemeinsamen Sachthema Beiträge zu verschiedenen Regionen vereinen. Jedes wird von einer erfahrenen Fachkollegin oder einem -kollegen kommentiert. Die Vorträge selbst wie auch die Kommentare sind auf jeweils zehn Minuten beschränkt. Das wird dadurch ermöglicht, dass zu jedem Vortrag vorab eine fünfseitige schriftliche Fassung mit den Tagungsunterlagen verschickt wird. Alle Teilnehmenden reisen also mit einem Grundwissen über die Inhalte der Tagung an. Die Vorträge wie auch die Diskussionen können sich auf die interessantesten Aspekte konzentrieren - seien sie fachlicher, vergleichender, thematischer oder methodischer Art. Gleichzeitig lässt diese Gestaltungsform viel Raum für Diskussionen im Plenum. Für jedes Panel steht dafür deutlich mehr als eine Stunde zur Verfügung. Abgerundet wird das Programm durch einen einleitenden übergreifenden Vortrag sowie abschließend durch eine Podiumsdiskussion. Diese beiden Programmteile werden von etablierten Forschenden bestritten.

Was genau ist Globalisierung, und was bedeutet demgegenüber Fragmen-

tierung? Was meinen wir, wenn wir davon sprechen? Mit dieser Ausgangsfrage konfrontierte Carsten Herrmann-Pillath (Witten/Herdecke) in einem didaktisch gelungenen und theoretisch anregenden Eröffnungsvortrag die Runde der Teilnehmenden und wies darauf hin, dass aus ökonomischer Sicht die Zunahme internationaler wirtschaftlicher Verflechtungen allein noch kein historisches Novum darstelle. Sie wirke nur neu vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den Jahrzehnten nach 1945, einer Periode, in der sich die internationalen Beziehungen ungewöhnlich fragmentiert entwickelt hätten. Zudem lassen die herkömmlichen Kennziffern für internationale Handelsverflechtungen derzeit noch keine "integrierte Weltwirtschaft" erkennen. Nach Ansicht von Herrmann-Pillath findet Globalisierung denn auch nicht auf den Märkten statt, sondern in der Herausbildung neuer institutioneller Arrangements jenseits von Nationalstaaten, und zwar sowohl in wirtschaftlichen wie auch in kulturellen und politischen Zusammenhängen. Einen entscheidenden Motor dafür bilde das Reden über Globalisierung, also Globalisierung als "epistemische Konstruktion". Dennoch erwartet Herrmann-Pillath keine globale Konvergenz zu einheitlichen Ordnungsmodellen. Im Gegenteil: Globalisierung verstärke die Dynamik des Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen institutionellen Arrangements. Die Vorträge des wissenschaftlichen Nachwuchses in den einzelnen Panels unterstrichen den Tenor des Eröffnungsvortrags. Globalisierung wirkt sich zwar in einer Vielzahl von Facetten auf aktuelle Entwicklungen in Ost- und Südostasien aus. Dennoch treffen diese Auswirkungen vor Ort auf jeweils andere Bedingungen, Akteurskonstellationen und

historische Kontexte. Mit anderen Worten: Globalisierung macht ein genaues Analysieren lokaler Besonderheiten nicht überflüssig. Im Gegenteil: Nur die Zusammenschau von internationalen und lokalen Entwicklungen ermöglicht es, beides zu verstehen.

Im Einzelnen wurden in sieben "Panels" Entwicklungen in der Volksrepublik China, in Taiwan, in Japan und in Indonesien sowie im ASEAN Regional Forum erörtert. Das erste "Panel" hatte gesellschaftliche und politische Entwicklungen zum Gegenstand. Die drei Vorträge behandelten die Entwicklung der Batik als Medium kultureller Eigenständigkeit in Indonesien und das Entstehen von neuen organisierten Interessen sowie Mechanismen der Vermittlung von neuen Lebensstilen in der Volksrepublik China. Im zweiten "Panel" standen die politischen Systeme der Region im Mittelpunkt. Hier konzentrierte sich das Interesse besonders auf Indonesien. Drei Vorträge erläuterten und analysierten die Dynamik des politischen Übergangs von Suharto zu Wahid und die Auswirkungen der Ideologie des "nation-building", und zwar einerseits auf Ansätze zur Stärkung föderaler Strukturen, andererseits auf Konflikte entlang ethnisch definierter Fronten. Ein vierter Vortrag porträtierte die Entwicklung und die Strukturen der DPP, der einstigen Oppositionspartei in Taiwan, deren Kandidat im März die Präsidentschaftswahlen gewann.

Das dritte und vierte "Panel" waren ökonomischen Fragen gewidmet, insbesondere den Nachwirkungen der Asienkrise 1997 und der wachsenden Internationalisierung von Märkten, Unternehmen und auch von Institutionen (im weiten Sinne) für Forschung und Entwicklung. Im dritten "Panel" stellte ein Vortrag die Debatten über eine Reform des Bankwesens in Japan vor. Zwei weitere Vor-

träge erörterten die Aussichten für die Entwicklung eines stabilen Bankwesens in der Volksrepublik China. Das vierte "Panel" konzentrierte sich auf die Auswirkungen der Globalisierung auf die japanische Wirtschaft. In vier Vorträgen wurden die Internationalisierung von klein- und mittelständischen Unternehmen, die wachsende Attraktivität westlicher Unternehmen für Hochschulabsolventen in Japan, institutionelle Arrangements für Forschung und Entwicklung in den neuen Hochtechnologiebranchen und der Wandel der japanischen Industriepolitik untersucht. Das fünfte "Panel" hatte die Medien in Ost- und Südostasien zum Thema. Zwei Vorträge behandelten dabei das Internet: Zum einen wurden die subversiven Wirkungen des Internet unter den Bedingungen eingeschränkter Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Indonesien erörtert; zum anderen wurde die rasante Entwicklung des Internet in der Volksrepublik China vorgestellt. Ein dritter Vortrag befasste sich mit der Entwicklung des Zeitungswesens nach der Einführung marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen in China.

Die letzten beiden "Panels" behandelten Sicherheitsfragen und das Spannungsfeld von Globalisierung im Vergleich zu einem Trend zur Regionalisierung in Ost- und Südostasien. In Bezug auf Taiwan wurden die Entwicklung, und strategische Optionen der Verteidigungspolitik thematisiert. Außerdem wurden energiepolitische Aspekte in der chinesischen Sicherheitspolitik analysiert. In einem Vortrag über das ASEAN Regional Forum hob die Fragestellung auf die Besonderheiten der multilateralen Kooperation in diesem Gremium ab. Schließlich war ein Vortrag der Auflösung und Umdeutung nationalstaatlicher Ordnungsvorstellungen in Japan gewidmet.

Trotz aller Vieldeutigkeit ist der Begriff Globalisierung aus den Diskussionen über Ost- und Südostasien nicht mehr wegzudenken. Das machte die abschließende Podiumsdiskussion deutlich. Claudia Derichs (Duisburg), Bettina Gransow (Berlin), Manfred Mols (Mainz), Anja Osiander (Köln) und Thomas Scharping (Köln) tauschten dabei ihre Ansichten über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Gegenstände ihrer Forschung wie auch auf die Praxis von Forschung und Lehre zu Ost- und Südostasien aus. Einhellig betont wurde erneut, dass lokale und regionale Unterschiede nicht verschwinden werden. Dem entsprechend behalten die bisher geltenden Fragestellungen auch weiterhin ihre Relevanz.

Allerdings wandeln sich die Kontexte, in denen diese Fragestellungen gesehen werden müssen - vor Ort, in internationalen Zusammenhängen und nicht zuletzt auch in den öffentlichen Debatten hierzulande. Unterschiedliche Auffassungen herrschten in der Frage, wie und wie weit Forschung und Lehre zu Ost- und Südostasien in Deutschland internationalisiert werden können beziehungsweise internationalisiert werden sollten.

Die Beiträge der Tagung werden in einer Sonderveröffentlichung des BIOst dokumentiert, die voraussichtlich im Sommer erscheinen wird. Die Reihe der Nachwuchstagungen soll fortgesetzt werden, wiederum im Ost-West-Kolleg in Brühl. Eine Ankündigung und ein "Call for Papers" werden im Herbst veröffentlicht werden, u.a. auf der ständigen Webseite zu den Nachwuchstagungen. Sie ist zu finden unter www.biost.de/Nachwuchs/nachw.htm.

23. Jahrestagung der Gesellschaft für die Neuen Englischsprachigen Literaturen (GNEL) Aachen/Lüttich, 31.5. – 4.6.2000

Peter Marsden

Ihre alljährliche Tagung hält die Gesellschaft für die Neuen Englischsprachigen Literaturen (GNEL) möglichst an einer jeweils anderen deutschen Hochschule. Gelegentlich kommt es zu einer Wiederholung des Standortes. Bereits 1988 fand die Veranstaltung in Aachen statt, aber – auch das ein Novum in der Verbandsgeschichte – nicht nur in Aachen, sondern auch an einem weiteren, nicht-deutschen Standort. Wie vor zwölf Jahren wurde auch im Jahr 2000 die Tagung gemeinsam mit der Université de Liège im benachbarten Ausland durchgeführt. Mit der diesjährigen Konferenz wollten die Organisatoren das Konzept von damals neu beleben – zugegebenermaßen auch ein wenig in Nostalgie schwelgen, gleichzeitig aber auch die Gelegenheit zum Anlass nehmen, den gegenwärtigen Stand der fachlichen Dinge Revue passieren zu lassen. Das Ganze stand unter dem Thema: „Towards a Transcultural Future: Literature and Society in a ‘Post’-Colonial World“. Unter anderem ging es auch darum, ob man überhaupt schon mit Fug und Recht – selbst mit Anführungszeichen – so formulieren darf. Mit anderen Worten, gehört der Kolonialismus wirklich der Vergangenheit an? Die Antworten auf diese Frage fielen naturgemäß unterschiedlich aus, im Tenor jedoch herrschte grundsätzlich darüber Konsens, dass – um im Geiste der Maori-Schriftstellerin Patricia Grace zu sprechen – die „Post“ doch noch nicht angekommen ist.

An diesem nicht ganz unehrgeizigen Projekt haben nun vor einem Monat insgesamt 350 Personen aus 45 Ländern teilgenommen. Alle Kontinente waren vertreten. Es wurden 150 wissenschaftliche Vorträge gehalten. Erfreulich auch die hohe und rege studentische Beteiligung (mehr als 50 Studierende sind aus ande-

ren Hochschulen nach Aachen bzw. nach Lüttich gekommen). Auf die Einbeziehung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses legt die GNEL großen Wert.

Was den Pazifischen Raum angeht, so wurde er durch acht Schriftsteller vertreten. Aus Australien haben Bernard Cohen, Peter Goldsworthy, Geoff Goodfellow, Syd Harrex und Andrew Sant Lesungen gemacht. Drei von ihnen kommen zufällig aus der gleichen Stadt, nämlich aus Adelaide, aber da hören schon die Gemeinsamkeiten auf. Eher wurde die ungeheure Vielfalt deutlich, die inzwischen die Nationalliteraturen der englischsprachigen Welt charakterisiert. Aus Aotearoa Neuseeland waren zu Gast: Jan Kemp, Robert Sullivan und der gerade eben zum Ritter geschlagene Vincent O’Sullivan. Auch hier wurde schon an den drei Personen ein breites kreatives Spektrum deutlich. Einen besonderen Höhepunkt bildete in diesem Zusammenhang andererseits eine Hommage an die vor kurzem erst verstorbene neuseeländische Lyrikerin Lauris Edmond.

Ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt sollte 2000 wie 1988 das Thema: „Literatur und Menschenrechte“ sein. 1988 sollte der Dichter Jack Mapanje die Eröffnungsrede in der Aula Carolina halten. Erschienen ist er leider dazu nicht, denn er saß bereits in seinem Heimatland Malawi im Gefängnis. Er sollte sein Lehramt an der Hochschule zur Kritik an der Regierung Banda missbraucht haben. Damals blieb die Konferenzleitung nichts mehr übrig als ihre Bestürzung über diesen Verhinderungsgrund festzuhalten und zu einer Unterschriften-

aktion zugunsten des damit praktisch zensurierten Festredners aufzurufen. Groß war die Freude, als Mapanje jetzt am 31.5.2000 aus dem britischen Exil doch leibhaftig in Aachen erscheinen und eine Ansprache halten konnte. So konnte das brisante Thema: Literatur und Menschenrechte gar nicht erst in die sonst vielleicht drohende Abstraktion und Theoretisierung abgleiten.

Integraler Bestandteil des GNEL-Selbstverständnisses anlässlich solcher Tagungen war von jeher das kulturelle Rahmenprogramm. Den diesjährigen Höhepunkt bildete sicherlich ein Event, wie man wohl neudeutsch sagen darf, im Ludwig-Forum für Internationale Kunst. Aufgeführt wurde das Stück *Stemmen uit het niets/People of the Void*, eine vertonte Bearbeitung des Romans *Jonestown* vom guyanesischen Autor Wilson Harris durch den belgischen Theaterregisseur Tone Brulin. Die Kulisse bildete ein Kunstwerk aus China – eine Trommelinstallation des Künstlers Chen mit dem Titel *Fifty Strokes to Each*. All dies fand im Rahmen einer Ausstellung mit dem auch für die Tagung beziehungsreichen Titel „CONTINENTAL SHIFT: A voyage between cultures“, die wiederum gleichzeitig in Aachen, Lüttich und Maastricht läuft.

Die begeisterte Aussage einer Tagungsteilnehmerin, die vorher gesunde Skepsis am Begriff des „Transkulturellen“ geäußert hatte, brachte dieses totale künstlerische Erlebnis auf den Punkt: „Jetzt weiß ich, was ‘transkulturell’ bedeutet!“

Allein um eine solche Einsicht zu ermöglichen, hat sich der nicht unbeträchtliche Aufwand der Organisatoren wohl gelohnt.

Dr. Peter Marsden, (marsden@anglistik3.rwth-aachen.de) ist Mitarbeiter am Institut für Anglistik der RWTH-Aachen und langjähriges APSA-Mitglied.